

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. III, S. 193—204 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

21. März 1916

Kriegsanleihe! Morgen letzter Zeichnungstag!

Fünfprozentige Deutsche Reichsanleihe
zu 98,50 oder

Viereinhalfprozentige auslosbare
Deutsche Reichsschatzanweisungen
zu 95.

Die Kriegsanleihe ist
das Wertpapier des deutschen Volkes,
die beste Anlage für jeden Sparer, sie ist zugleich
die Waffe der Daheimgebliebenen

gegen alle unsere Feinde, die jeder zu Hause führen kann und muß,
ob Mann, ob Frau, ob Kind.

Der Mindestbetrag von Hundert Mark, bis zum 20. Juli 1916 zahlbar,
ermöglicht Jedem die Beteiligung.

Man zeichnet bei der Reichsbank,
den Banken und Bankiers, den Sparkassen, den Lebensversicherungsgesellschaften,
den Kreditgenossenschaften, oder bei der Post in Stadt und Land.

Letzter Zeichnungstag ist der 22. März.

Man schiebe aber die Zeichnung nicht bis zum letzten Tage auf!

Alles Nähere ergeben die öffentlich bekanntgemachten und auf jedem Zeichnungs-
schein abgedruckten Bedingungen.

Die wirtschaftlichen Kriegsziele unserer Feinde.

An dem Meinungsaustausch über die Wege, die der Handel nach dem Kriege einschlagen soll (vgl. S. 97 und 113), beteiligten sich in letzter Zeit auch unsere östlichen Nachbarn. Auch für sie gilt größtenteils als ausgemacht, daß man sich von dem deutschen Einfluß für immer befreien müsse.

So veröffentlicht unter der Überschrift „Was bedeutet die wirtschaftliche antideutsche Koalition für Rußland?“ der „echt russische“ Prof. Goldstein im „Rußkoje Slowo“ vom 26./1. einen längeren Aufsatz. Darin heißt es:

„Die Schaffung eines ‚sich selbst genügenden‘ Rußlands, das, ohne der Aus- und Einfuhr zu benötigen, seinen gesamten Bedarf aus eigenen Kräften deckt, wäre gleichbedeutend mit einem Rückschritt der gesamten Kulturgeschichte. Die Emanzipation von der deutschen Vergewaltigung, welche die Entwicklung der produktiven Kräfte so erschwert hat (!), kann niemals mit

solchen reaktionären Mitteln erreicht werden. Der einzige richtige Weg ist im Gegenteil die schnelle vielseitige Entwicklung des Warenaustausches mit den übrigen ausländischen Staaten, insbesondere mit unseren Verbündeten. In dieser Hinsicht können uns nur England und Belgien ungeheure Absatzmärkte für unsere landwirtschaftlichen und anderen Produkte bieten, welche die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes um ein Vielfaches übersteigen, ganz abgesehen davon, daß Deutschland jederzeit seine Märkte für unsere Einfuhr schließen kann. Dabei wird unsere Annäherung an England, Frankreich und Belgien durch die Verstärkung der Kapitalzufuhr aus diesen Ländern nicht nur äußerst günstig auf unseren Valutakurs einwirken, sondern auch den einzigen Weg zur Beschleunigung der Entwicklung der produktiven Kräfte Rußlands bilden.“

Um diese Aufgabe zu lösen, hält Goldstein allerdings die Aufwendung erheblicher Geldmittel für erforderlich, die sich seiner Berechnung nach auf mindestens 5—6 Milliarden Rbl.

belaufen und im Laufe von 5—6 Jahren nach Beendigung des Krieges zur Erweiterung des Eisenbahnnetzes, der Landstraßen und Vergrößerung und Verbesserung der Häfen, Handelsflotte und Wasserwege, sowie zur Verbesserung des beweglichen Besitzes (soll wohl heißen Maschinen u. dgl.) aufgebracht werden müssen. Einige 100 Mill. Rbl. sollen auch für die Erhöhung des Standes der technischen und allgemeinen Bildung dienen. Einschließlich der zur Beseitigung der Verwüstungen des Krieges erforderlichen 1—2 Milliarden Rbl. werden außer den bisherigen gewöhnlichen Staatshaushaltsausgaben mindestens 12 Milliarden Rbl. bis zum Jahre 1920 erforderlich werden. Goldstein ist ehrlich genug, sich bange zu fragen:

„Woher sollen wir diese Milliarden nehmen, da ihre Aufbringung auf dem inneren Markt Rußlands völlig unmöglich ist und die Notwendigkeit der Erweiterung der industriellen Unternehmungen und die infolge des Krieges hinzu ausgeschobene Befriedigung einer ganzen Reihe der dringendsten volkswirtschaftlichen Bedürfnisse auch ohnedies eine ungeheure Anspannung des inneren Geldmarktes fordern wird?“

Offenbar erwartet er das Heil von Rußlands Verbündeten, denn er setzt seine Betrachtungen folgendermaßen fort:

„Wenn somit die Notwendigkeit der Annäherung an England, Frankreich und Belgien und die hinter ihnen stehenden verbündeten und neutralen Länder eine ungeheure Bedeutung gewinnt, mit welchen Mitteln können wir diesen Anschluß erreichen? Die erste Maßnahme muß eine radikale Änderung des ganzen Charakters unserer Handelsverträge sein, da bis zum gegenwärtigen Kriege die Handelspolitik Rußlands wie absichtlich darauf gerichtet war, die Handelsbeziehungen mit unseren Verbündeten so gründlich wie nur möglich zu zerrüttten. In diesem Punkte genügt der Hinweis, daß wir zur Grundlage unseres Außenhandels die Handelsverträge mit Deutschland machten. Es versteht sich von selbst, daß die Deutschen beim Abschluß des Handelsvertrages auf ihre und nicht auf die Interessen der anderen Staaten bedacht waren. Es ergab sich also, daß die übrigen Staaten, die auf Grund der Meistbegünstigung fast ausschließlich diejenigen Zugeständnisse erhielten, welche sich Deutschland in Wahrung seiner Interessen vorher ausbedungen hatte, nichts empfingen, was für sie wirklich von Interesse war. Bei einer solchen Sachlage waren diese Länder selbstverständlich nicht geneigt, Rußland wesentliche Zugeständnisse zu machen oder für die Entwicklung ihrer Handelsbeziehungen mit uns besondere Sorge zu tragen. Dieser fehlerhaften Politik verdanken wir auch in hohem Maße die Verwandlung Rußlands in eine wirtschaftliche Kolonie Deutschlands. In Anbetracht der Herrschaft des Freihandels (ob dieser den Krieg überleben wird? vgl. S. 113! — D. Rcd.) in England wäre es für die Annäherung der Verbündeten an England am bequemsten, ein solches System anzunehmen, dessen Grundsätze bei aller Bevorzugung für die Einfuhr der Waren nach England, gleichzeitig doch die gegenwärtige Freihandelspolitik Englands nicht radikal durchbrächen. Als das beste Verfahren erscheint in dieser Hinsicht die Schaffung eines Systems von Ergänzungszöllen auf Waren, deren Ausfuhr von den deutschen Syndikaten durch offene oder geheime Ausfuhrprämien forcirt wird. Ob uns die Durchführung eines derartigen Systems der Zollpolitik gelingt, das den Warenaustausch mit unseren Verbündeten erleichtert und gleichzeitig die Überschwemmung Rußlands mit deutschen Erzeugnissen eindämmt, wird von der Entschlossenheit und Geschicklichkeit derjenigen Personen abhängen, welche die Verhandlungen über die Erneuerung unserer Handelsverträge führen werden. Meines Erachtens sind die äußeren Bedingungen für die Bildung einer antideutschen, wirtschaftlichen Koalition auf der obengenannten Grundlage noch niemals so günstig gewesen wie jetzt.“

Gegen Schluß seines Artikels sagt Goldstein: „Man sollte doch endlich einschenken, daß die von unseren Ultrareaktionären ausgemalten Befürchtungen, wonach England Rußland in eine englische Kolonie verwandeln will, ein kindischer Bluff sind, solange die Einfuhr nach Rußland aus und über England kaum $\frac{1}{4}$ der deutschen erreicht. Wenn Deutschland infolge von Zolldifferenzen mit uns einen Krieg um die Herab-

setzung unseres unerhört hohen Zolltarifs, den unsere Ultrareaktionäre noch hinaufschrauben wollen, anfangen würde so würde England kaum an einem Mißerfolge Deutschlands in dieser Hinsicht besonders interessiert sein. Jeder, der einen dauernden Frieden wünscht, welcher allein Rußland die Möglichkeit einer schnellen Entwicklung seiner produktiven Kräfte, einer Hebung seiner wirtschaftlichen Macht und einer Verstärkung seiner Kampfbereitschaft geben kann, muß daher auf alle Fälle eine dauernde wirtschaftliche Annäherung an unsere Verbündeten erstreben.“

In Wirklichkeit ist aber, wie aus dem Schluß seiner Ausführungen hervorgeht, lediglich die Furcht vor einer völlig Isolierung die Triebfeder für den von ihm vertretenen wirtschaftlichen Anschluß Rußlands an die Verbündeten, eine Isolierung, die ihm angesichts einer mächtigen Koalition zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei verhängnisvoll erscheint.

Für die gleichen Ziele tritt Bernatzkij im „Rußkoje Slowo“ vom 3./2. ein. Auch er hält die Ansicht der Protektionisten, Rußland in einen „sich selbst genügenden“ Staat umwandeln zu können, für eine Utopie. Er hält zwar den völligen Bruch mit den bestehenden Tarifsystemen für un durchführbar, fordert aber zum „Abbau des für Rußland charakteristischen Protektionismus im großen“ auf. Es sei längst an der Zeit, den Tarif zu revidieren.

Es berührt wirklich eigenartig zu sehen, wie in England, dem typischen Lande des Freihandels, Propheten des Schutzzollsystems und in Rußland, Englands politischem und mercantilem Antipoden, Lobredner des Freihandels auftreten.

Wie Bernatzkij in dem gleichen Artikel mitteilt, haben die englischen und französischen Politiker beschlossen, für Monat März nach Paris eine Handelskonferenz von Vertretern der verbündeten Mächte zu berufen, und haben das Programm ausgearbeitet. Außer den Fragen, die mit der Wiederherstellung und Regelung der durch den Krieg erschütterten und verwirrten Handelsbeziehungen der Verbündeten zusammenhängen, sollen folgende Themen zur Beratung kommen: Vorsichtsmaßnahmen gegen den Zustrom deutscher Waren nach dem Frieden; Festsetzung von Minimaltarifen im Post-, Telegraphen-, Eisenbahn- und Seeverkehr der Verbündeten; Gründung eines internationalen Bundespatentbüros (für Entdeckungen und Erfindungen); besondere Vorzugszolltarife für die Waren der Verbündeten; Maßnahmen zur Herabsetzung des Metallzahlungsverkehrs zwischen den Ländern mit entsprechender Gründung einer internationalen Vorrrechnungskammer und Einführung von ausländischen Postschecks.

Den russischen Teilnehmern an dieser Konferenz gibt der Artikel folgende Leitsätze mit auf den Weg: „Zweifellos werden die russischen Vertreter, insbesondere die delegierten Mitglieder der gesetzgebenden Kammer, unsere besonderen russischen Probleme im Auge behalten müssen, die große Schwierigkeit der Liquidation der äußeren Kriegsverschuldung und der Wiederherstellung normaler Valutaverhältnisse. Wenn auch diese Fragen unmittelbar über die Grenzen der Handelskonferenz hinausgehen, so ist es doch unmöglich, ohne ihre Beleuchtung eine hinreichende Ersprechlichkeit der Arbeit zu gewährleisten. Wenn nun unsere Verbündeten nicht gewillt sind, uns in dieser Hinsicht zu helfen, so kann der geplante Zusammenschluß auf eine Reihe unvermeidlicher Schwierigkeiten stoßen. Wie sollen denn die befreundeten Kapitalien bei uns frei umlaufen können, wenn nicht entschiedene Maßnahmen zur Festigung des Rubelkurses getroffen werden?“

Hier tritt ziemlich unverblümt die krasse Logik des Schuldners zutage, der recht gut weiß, wie kostbar sein Leben für seine Gläubiger ist, und dies gebührend in seine Rechnung einsetzt. Die Verbündeten sollen also die von Goldstein (s. o.) für notwendig erachteten Milliarden für den wirtschaftlichen Aufschwung Rußlands liefern, und um sie geneigt zu machen, führt man ihnen die reizvolle Fata Morgana eines der Einfuhr aus den verbündeten Ländern weit geöffneten Rußlands vor Augen. Wollte Rußland wirklich Ernst damit machen, so würde Rußland tatsächlich das werden, was Goldstein als kindischen Bluff hinstellt: eine englische Kolonie.

Auch weitere englische und französische Stimmen zu dem Wirtschaftskrieg gegen Deutschland sind zu verzeichnen. Es lohnt kaum, auf alle diese Äußerungen näher einzugehen. Sie bringen nichts Neues mehr, und man kann sagen: Unsinn wird bei ihnen Methode. Es besitzt aber doch für später gerade deshalb geschichtliches Interesse, diese Äußerungen zu verzeichnen, soweit sie durch die Persönlichkeiten, von denen sie herühren, bemerkenswert sind. Man lese nur folgende Speisekarte von Vorschlägen, die Aspe-Fleurimont, der stellvertretende Vorsitzende der „Société de Géographie Commerciale“ der „Morning Post“ vom 15./2. zufolge macht, und die ein besonderes Gewicht dadurch erhalten, daß sie als das Ergebnis von Studien hingestellt werden, die das „Comité National des Conseillers du Commerce Extérieur de la France“ über die Frage eines wirtschaftlichen Bündnisses angestellt hat. Der Genannte äußerte sich wie folgt:

„Der Grundsatz, den wir als wesentlich erkennen, ist die Durchführung aller derjenigen Maßnahmen, die für den Sieg auf dem Handels- und Wirtschaftsgebiet erforderlich sind, nachdem der Feind auf dem Schlachtfelde geschlagen ist. Ich empfehle eine durchgreifende Reform der Naturalisierungsgesetze, unter gewissen Umständen mit rückwirkender Kraft, sowie eine besondere Gesetzgebung, um die Bestimmungen des Delbrückischen Gesetzes zu bekämpfen. Vor allem sollten die Untertanen der Verbandsstaaten daran gehindert werden, Teilhaber oder Angestellte feindlicher Herkunft in ihren Unternehmungen zu haben. Feindliche und neutrale Handlungreisende sollten sehr strengen Bestimmungen unterworfen sein. Wenn auch dem Feinde gestattet sein sollte, von den Verbandsmächten zu kaufen, so müsse er doch daran gehindert werden, an sie zu verkaufen (!). Feindliche Untertanen dürfen kein Grundeigentum in Frankreich erwerben. Verbindungen mit deutschen Banken, ob direkt oder indirekt, sollten verboten werden. Feindlicher Besitz an französischen Aktien oder Staatspapieren sollte für null und nichtig erklärt werden (!). Eine sehr strenge Überwachung der Ausländer, auch seitens der Wirte, sei dringend nötig. Die Vorschriften über die Ursprungsmarken müssen verschärft werden. Waren, die in österreichischen, deutschen oder türkischen Schiffen befördert werden, müssen mit einer Extrasteuere belastet werden. Ein Schiff soll als feindliches gelten, wenn ein Zehntel seines ursprünglichen Kapitalwertes feindlicher Herkunft ist. Aus der amtlichen Statistik von 1913 geht hervor, daß Deutschland 45% seines Außenhandels an die Nationen absetzte, die heute seine Feinde sind. Es verkaufte nur 12% an seine eigenen Verbündeten. An seine anderen Abnehmer gingen 43%. Der Markt des Vierverbandes wird Deutschland ganz oder fast verschlossen bleiben. Gehemmt durch England, Frankreich, Rußland und Italien im Handel, zur See und in der Finanz, beraubt seiner Kunden, die ihm den Lebensunterhalt ermöglichten, verachtet von fast der ganzen Welt, wird Deutschland wirtschaftlich zusammenbrechen, vorausgesetzt, daß die Verbündeten unerbittlich fest und eng vereint bleiben. Der deutsch-österreichische Kredit wird aufhören zu existieren. Die deutschen Privatleute werden ruiniert, die Arbeiter dem Elend und sogar wirklicher Hungersnot ausgesetzt sein. Das bedeutet für die Verbündeten einen zweiten Sieg, der noch wichtiger in seinen schließlichen Erfolgen sein wird als der andere.“

In ähnlicher Weise äußert sich der Präsident der englischen Handelskammer in Paris, Bodington, im „Petit Parisien“ vom 14./2.: „Man müsse die Deutschen überwachen, zeichnen und mit einem Brandmal versehen. Nach dem Krieg dürfe man sie nicht als seinesgleichen behandeln, sondern als Parias. Aus seinen Worten spreche kein Rachefurz, er hasse die Deutschen zwar, aber mit einem heiligen, einsichtsvollen Haß. Er gehe nicht so weit, zu fordern, daß man die deutschen Firmen ganz ausschließen solle, das wäre unmöglich und unpolitisch, aber man müsse in jedem deutschen Geschäftshause einen Aufseher anstellen, der alle skandalösen Machenschaften verhindert. Auch nationale Schutzmarken der heimischen Produktion und Geschäfte werden gute Dienste tun.“

In einer Zuschrift an den „Tomps“ vom 24./2. macht der Direktor der französischen Staatsfabriken Emilie Belot Vor-

schläge, wie die deutsche Industrie für immer zu vernichten sei: „Wenn keine Gegenmaßregeln getroffen werden, würde nach dem Friedensschluß die unnatürliche Lage entstehen, daß das besiegte Deutschland mit seinen unbeschädigten Fabriken und großen Lägern von unverkauften Waren sofort den Welthandel wieder an sich reißt, während Frankreich und Belgien infolge der Verwüstungen und des Mangels an Maschinen ein Jahr brauchen würden, um ihre Industrie wieder in Gang zu bringen. Wir müssen daher ein ganzes industrielles Verteidigungssystem vorbereiten, um das Gleichgewicht zu unseren Gunsten wiederherzustellen. Einige Maßregeln zur Erreichung dieses Ziels wären folgende: Alles, was an Material und Maschinen aus Frankreich und Belgien fortgeführt worden ist, muß zurückbeschafft werden. Als Ersatz für die zerstörten Maschinen muß man Deutschland alle ähnlichen Maschinen fortnehmen, ohne sie auf die Kriegsentschädigung anzurechnen. Der Feind muß gezwungen werden, selbst die zum Wiederaufbau unserer Industrie nötigen Arbeitskräfte zu stellen, wenn nötig militärisch organisiert, eine Maßregel, die zugleich den Vorzug hätte, die Wiederaufnahme der Industrietätigkeit in Deutschland zu verzögern. In Deutschland müssen hohe Einfuhrzölle für Rohmaterialien und Ausfuhrzölle für Fertigfabrikate eingeführt werden, solange die Verbündeten die Zölle als Garantien beherrschen (!). Der Ausfuhrzoll auf Farbstoffe würde zugleich uns Zeit geben, diesen Fabrikationszweig bei uns auszustalten. Ein bedeutender Teil der Kriegsentschädigung muß in wissenschaftlich-industrielle Laboratorien gesteckt werden. Frankreich, das so reich an Bodenschätzten ist, schuldet sich selbst, daß es den Sieg der Waffen durch einen unerhörten Sieg seiner Industrie ergänzt.“

In diesem edlen Bunde darf natürlich auch der „neutrale“ Amerikaner nicht fehlen. In der gleichen Zeitung vom 15./2. schreibt der Präsident der amerikanischen Handelskammer in Paris, Percy Peixotto, die wirtschaftliche Organisation der Welt werde sich nach dem Kriege ganz anders gestalten als vorher. Europa bereite sich auf den Wirtschaftskrieg vor, und die Staatsmänner des Verbandes erwägen Maßregeln, um zu erreichen, daß keine Macht eine wirtschaftliche Hegemonie erringe und andere Völker knechte. Frankreich habe sich in diesem Krieg nach den ersten mangelhaften Vorbereitungen großartig organisiert, in derselben Weise müsse es seine wirtschaftlichen Kräfte zusammenfassen. Das sei der beste Weg, um Deutschlands Ausdehnung zwar nicht zu vernichten, aber doch zu schädigen. Wichtig sei ein neuer Zolltarif, der aus Deutschland statt der meistbegünstigten die mindest begünstigte Nation mache. Dieser Tarif müsse Deutschland aufgezwungen werden. Die französischen Zölle auf die amerikanische Einfuhr müßten dagegen herabgesetzt werden. Bedauerlich sei, daß Amerika keine Gegenleistungen bieten könne, aber Frankreich schicke ja nur Luxuswaren hinüber, bei denen der Preis keine Rolle spielt. Nationale Schutzmarken seien eine wertvolle Hilfe, wenn sie durch strenge Strafbestimmungen gestützt werden. Das „made in France“ habe die Deutschen wenig gestört, und das „made in Germany“ ihrem Handel nicht den geringsten Schaden getan. —

Diese Erkenntnis sollte den Mann doch bedenklich stimmen, ob all die schönen Pläne nicht ebenfalls dazu verurteilt sind, zu Wasser zu werden. Nur um unserer schönen Augen willen haben die Franzosen so wohl wie die Engländer und Amerikaner auch früher nicht von uns gekauft. Hierzu bildet eine treffende Illustration ein französischer Konsulsbericht, den die „Action“ vom 3./3. wiedergibt. Darin heißt es, daß die deutschen elektrischen, chemischen und optischen Erzeugnisse, Stahlwaren u. a. von guter Qualität sind und in Spanien eine immer stärker wachsende Kundenschaft befriedigen. Die deutsche Ware ist billiger als die gleich gute französische; ja, deutsche Waren werden sogar vielfach, selbst wenn sie ebenso teuer oder teurer als die französischen sind, von dem ausländischen Käufer vorgezogen. In Andalusien seien z. B. französische optische Waren und

Brillen bester Qualität nur mit Schwierigkeiten abzusetzen. Die Leute ziehen die deutschen Waren vor, selbst wenn sie einen höheren Preis bezahlen müssen. Die Fabrikate aus Jena üben auf die Kunden geradezu einen Zauber aus. Es sei also nicht richtig, daß sich die Deutschen immer und überall durch Preisunterbietungen einnisteten und nur Schund auf den Markt werfen.

Das ist freilich eine bittere Wahrheit für die Boulevardpolitiker in Paris und London. Daß sie aber doch noch mehr Anhänger auch unter unseren Feinden hat, das beweisen die Stimmen, die im Gegensatz zu den vorgenannten vor dem Wirtschaftskrieg gegen Deutschland warnen.

So macht ein Aufsatz im „Djenn“, um die Reihe wieder mit einer russischen Zeitung zu eröffnen, auf die in russischen Unternehmertümern bestehenden Bedenken gegen die Durchführbarkeit des von Frankreich vorgeschlagenen künftigen Wirtschaftsbündnisses der Entente aufmerksam. Man weist vor allem auf die Schwierigkeiten hin, die der russischen Getreideausfuhr entgegenstehen, sobald England zu dem geplanten Hochschutzzollsystem übergeht und seinen eigenen Bedarf künftig mit kanadischem Getreide deckt. In wirtschaftlichen Kreisen herrsche auch gegen die finanziellen Ausbeutungspläne Frankreichs und in die industrielle Kraft dieses Verbündeten offensc Mißtrauen.

Über die geplante Schaffung einer chemischen Industrie in Rußland findet sich in demselben Aufsatz folgendes bemerkenswerte Geständnis: „Das Geschrei gegen die deutsche Gewaltherrschaft diente vor allen Dingen einmal zum Vorwand für Gesuche um Konzessionen und Subsidien. Die großen Gewinne, die augenblicklich an Kriegslieferungen gemacht werden, haben zunächst einmal die Augen der Industriellen vollständig von den ernsteren Zukunfts-aufgaben abgelenkt. Von der mit so großem Lärm angekündigten Schaffung einer nationalen chemischen Industrie ist bisher nur die mißlungene Gründung einer chemischen Fabrik in Kiew festzustellen, die über einen Versuch, Jod herzustellen, nicht hinausgekommen ist. Die Preise chemischer Präparate sind ins Märchenhaft gestiegen. In Rußland ist, um dem Mangel an pharmazeutischen Produkten abzuholen, noch genau so wenig geschehen wie vor dem Kriege. Diese Tatsache wird auch von der ‚Finanzzeitung‘ bestätigt, die gewiß nicht in dem Verdachte steht, sich gegenüber den industriellen Kreisen nicht wohlwollend zu verhalten.“

Über die schon im „Djenn“ berührte Gefährdung der russischen Landwirtschaft durch den Ausfall der Ausfuhr nach Deutschland heißt es im Leitartikel der „Birshewija Wjedomosti“ vom 7./2. u. a.: „Um sich ein richtiges Bild davon zu machen, welchen Einfluß das Aufhören jeglicher Ausfuhr auf die russische Landwirtschaft ausübt, genügt es, ihren Umfang vor dem Kriege festzustellen. Unsere Ausfuhr an wichtigsten Getreidearten betrug im letzten Jahr fünf vor dem Kriege 660 Mill. Pud im Gesamtwerte von mehr als 600 Mill. Rubel. Nach Deutschland und Österreich wurden etwa 11 Mill. Pud Roggen, 120 Mill. Pud Weizen, 116 Millionen Pud Gerste, 10 Mill. Pud Hafer und 48 Mill. Pud Mais ausgeführt, d. h., es entfiel beinahe die Hälfte unserer gesamten Ausfuhr auf die gegen uns kämpfenden Länder. Man kann sich unschwer vorstellen, welche Folgen der Verlust der auswärtigen Märkte für unsere Landwirtschaft hat. Deutschland hat sich während des Krieges sowohl von der ungeheuren Wichtigkeit seiner nationalen Landwirtschaft als auch von der Möglichkeit überzeugen können, sie noch sehr erheblich zu entwickeln. Unter bestimmten Bedingungen wird Deutschland imstande sein, beinahe 90% seines Bedarfs zu decken. Den unbedeutenden Fehlbetrag wird es sich stets verschaffen können, ohne deswegen an den russischen Getreidemarkt herantreten zu müssen. Wahrscheinlich wird diese Tendenz beibehalten werden, wenigstens in der ersten Zeit, solange sich die Leidenschaften und die Feindschaft noch nicht ganz gelegt haben werden. Für uns wird es aber in diesem Falle außerordentlich schwer sein, ein Absatzgebiet für diese 300 Millionen Pud zu finden, besonders da zwei Drittel der Ausfuhr auf Getreidearten entfallen, für die auf den

Märkten von London und Rom so gut wie gar keine Nachfrage herrscht.“

Halten wir uns die oben gegebene Deutung der Stellungnahme des „Rußkoje Slowo“ vor Augen, so kann die in vorstehenden Abschnitten zum Ausdruck gebrachte ablehnende Haltung einflußreicher russischer Erwerbskreise gegen ein enges Wirtschaftsbündnis mit den anderen Ententestaaten nicht weiter auffallen. Nicht ohne Bedeutung ist jedenfalls in diesem Zusammenhang ein Artikel in der „Torgowo-Promyschlennaja Gaveta“ vom 18./2., in dem Korsuchin die Eisenindustrie Sibiriens und Russisch-Ostasiens behandelt und dabei auf die russischen wirtschaftlichen Pläne am Stillen Ozean hinweist. In dem Artikel heißt es u. a.

„Hochbedeutsam ist es, daß ausgezeichnete Eisenerzlagerstätten unmittelbar an der Küste des Stillen Ozeans an den vortrefflichen natürlichen Buchten der Heiligen Olga und des Heiligen Wladimir liegen. (Dort arbeitete die Bergwerks-A.-G. „Tetuché“, deren Besitz laut Beschuß des russischen Ministerrats vom 16./2. beschlagnahmt wurde und freiändig verkauft werden soll, da die Gesellschaft angeblich ‚unter deutschem Einfluß steht‘.) Man könnte zunächst daran denken, die Ausfuhr der Eisenerze nach Japan zu organisieren, das ziemlich arm daran ist; aber da in Russisch-Ostasien und auf Sachalin gute Kokskohlen vorhanden sind, wäre die Errichtung einer Eisenhütte an diesen Buchten und die Ausfuhr von Roheisen nach Japan das Gegebene. Selbstverständlich könnte man auch Halbfabrikate und Fertigwaren ausführen. Ein tiefgehendes Studium der Frage führt jedoch zu weiter reichenden Plänen. Es sollte dort das Material für eine russische Schiffswerft hergestellt werden, eine Handelsflotte auf dem Stillen Ozean ist für Rußland eine Notwendigkeit. Die Schaffung einer solchen Flotte wird jedoch unter den jetzigen Verhältnissen, da die bisher allein in Betracht kommenden japanischen Werften mit Arbeit überhäuft sind, sehr erschwert. Der Bau einer russischen Schiffswerft am Stillen Ozean ist eine Staatsnotwendigkeit: Die Weltgeschichte der letzten Jahrzehnte hat unzweifelhaft dargetan, daß der Stillen Ozean immer größere Bedeutung gewinnt, und vielleicht haben diejenigen gar nicht so unrecht, welche die Verlegung des Lebenszentrums der Welt an die Küsten des Stillen Ozeans voraussagen. Ohne so weit zu gehen, darf man doch nicht unausgesprochen lassen, daß schon jetzt die Handelsinteressen Rußlands auf dem Stillen Ozean so real und groß sind, daß der Bau einer entsprechenden Handelsflotte eine außergewöhnlich große, das ganze Reich angehende Bedeutung hat.“

Hier sind Rußlands Aufgaben auf eine jahrhundertlange Zukunft hinaus treffend gekennzeichnet, und diese Stimme, mag sie auch uns jetzt noch als die des Redners in der Wüste erscheinen, wird nicht ungehört verhallen.

Eine französische Zeitung, die „Alsace“ (Belfort) vom 12./2. schreibt, das vorgeschlagene Verfahren sei wenig geeignet, Frankreichs Vorteil wahrzunehmen. Sicher sei es nützlich und für beide Länder notwendig, sich enger zusammenzuschließen, aber was man als den Vorteil des Landes bei diesen Bestrebungen hinstelle, seien zumeist Sondervorteile von einzelnen. Frankreich leide unter einem übermäßigen Schutzzollsystem, ein gleiches solle jetzt in England eingeführt und das Land damit in die Zeit der Navigations-Akte und des Kolonialsystems zurückgeworfen werden. Man bereite jenseits des Kanals einen wirtschaftlichen Krieg vor, der nach den unheuren Ausgaben des Krieges weitere Milliarden verschlingen würde. Man spreche von einer wirtschaftlichen Absperrung, die aber ebenso diejenigen schädigen würde, die sie einführen, wie die, gegen die sie gerichtet ist. Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Fürsorge dürfe nicht die Angst vor Deutschland und dem Handelskrieg sein, der zum Kampf der Verbündeten untereinander führen müsse, zur Vergeudung von Kräften und zu ernsten Streitigkeiten. Es sei Sache der Regierungen, ein gemeinsames Vorgehen beider Völker zu besprechen, ehe in beiden Ländern selbstsüchtige Bestrebungen die Oberhand gewinnen.

Auch ein Engländer tritt auf den Plan. Arthur Shadwell führt über die Aussichtlosigkeit eines Wirtschaftskrieges gegen Deutschland im Februarheft des „Nineteenth Century“ folgendes aus: „Ein Wirtschaftskrieg würde Deutschland zweifellos treffen, aber England nicht minder, und zum großen Teil würde er überhaupt ein Schlag ins Wasser sein. Wir würden unsere Waren dort, und die Deutschen würden ihre Waren hier verkaufen, beide nur unter größeren Schwierigkeiten als zuvor. Diese Waren würden ge- und verkauft werden lediglich, weil es Leute gibt, die das so haben wollen, und daran kann sie niemand hindern. Selbst während des Krieges haben unsere Waren ihren Weg nach Deutschland und deutsche Waren den Weg zu uns gefunden, und wenn das nicht unter den drastischen Maßregeln der Regierung zu verhindern war, wie in aller Welt soll man es im Frieden hindern? Der Patriotismus allein genügt nicht, denn die Waren kommen durch neutrale Länder. Wenn den Kunden das, was sie brauchen, zu dem gewünschten Preise von dem Verkäufer angeboten wird, der sich ebenso wenig darum kümmert, wohin die Waren gehen als darum, woher sie kommen, so ist der Patriotismus im Augenblick verschwunden. Besonders die Frauen können nicht widerstehen, und sie kaufen am meisten. Die Hauptwirkung aber des Wirtschaftskrieges würde selbst bei glücklichem Vorlaufe die sein, beide Seiten auf neue Gebiete hinzustossen, und diese würden natürlicherweise schwieriger zu bearbeiten sein als die alten. Der Vorteil aber würde nicht auf unserer Seite liegen, wofür wir nicht unsere Methoden änderten. Die Deutschen sind in Industrie und Handel erfolgreich gewesen, weil sie sehr stark auf beiden Gebieten gearbeitet haben. Darin liegt das ganze Geheimnis; es ist enthalten in dem Wort ‚Arbeit‘. Wo sie uns geschlagen haben, geschah es durch stärkere Arbeit, und der Mann, der arbeitet, wird immer den schlagen, der nicht arbeitet. Das gilt nicht nur für den Arbeiter, sondern für jedermann, von der Regierung abwärts. Die deutsche Gesetzgebung fördert Industrie und Handel, unsere hat viel dazu beigetragen, beide zu behindern und hat kaum etwas getan, sie zu fördern. Ähnlich ist es mit den Ministerien und so die Stufenfolgen abwärts bis zum deutschen Arbeiter, der für geringeren Lohn eifriger arbeitet als seine Genossen hierzulande. Wer mit Zungenfertigkeit von einem Wirtschaftskrieg spricht, hat keine Ahnung von den Folgen. Angespanntere Arbeit, längere Arbeitszeit, geringerer Gewinn, niedrigere Löhne, weniger Vergnügen auf allen Gebieten! Sind die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei uns derartig, daß sie den Druck dieser Forderungen aushalten könnten? Wir werden auf alle Fälle von Glück sagen können, wenn wir nach diesem Kriege dem industriellen Kriege im eigenen Lande entgehen. Die zur erfolgreichen Führung des Wirtschaftskrieges notwendigen Veränderungen würden diesen industriellen Krieg tatsächlich unvermeidlich machen. Man vergegenwärtige sich doch nur, daß die Kriegsteuern noch in Kraft bleiben müssen, ohne daß wir unsere Rüstungen zu Lande und zur See verringern dürften. Man kann einwenden, daß Deutschland noch schlimmer daran sein wird als wir und noch weniger imstande, den Kampf durchzuhalten. Das wird allerdings der Fall sein; aber die Deutschen sind an härtere Arbeit und niedrigere Löhne gewöhnt bei einem weniger behaglichen Leben, und sie werden den Druck besser aushalten. Dies natürlich unter der Voraussetzung, daß ihr gegenwärtiges System intakt bleibt. Was die wirtschaftliche Erschöpfung betrifft, so glaube ich, daß die darüber bei uns herrschenden Vorstellungen ganz trügerisch sind. Sie gehören einer früheren Periode an. Die Ansammlung von Nationalreichtum ist durch die modernen Methoden so beschleunigt, daß die Verheerungen des Krieges mit erstaunlicher Schnelligkeit wieder ausgeglichen werden können. Was das Kapital betrifft, so braucht es Kredit, und daran wird es Deutschland nicht mangeln. Es wird mit einem großen Vorrat von aufgehäuften Fabrikwaren aufs neue beginnen, die auf den Markt geworfen werden und die man gierig aufnehmen wird. Seine Fabrikanten werden mit Aufträgen überschwemmt werden und, da sie bereits sorgfältige Vorbereitungen getroffen haben,

werden sie von Anfang an sehr viel zu tun haben. Und zu welchem Zweck sollte man diesen Wirtschaftskrieg führen? Früher oder später wird er in einen wirklichen Krieg übergehen. Einige verlassen sich in dieser Hinsicht auf ‚Garantien‘. Aber wer will diese erzwingen? Alle Nationen versuchen jetzt, Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu bringen. Gelingt ihnen das jetzt nicht, so wird es auch später nicht gelingen. Will man wirklich Erfolg haben, so muß man einem Wirtschaftskrieg vorbeugen, indem man dem Weltkrieg ein Ende macht.“

Der englische Abgeordnete J. M. Robertson erklärte laut „Morning Post“ vom 7./3. in einer Rede im National Liberal Club, daß von den verschiedenen Vorschlägen, die bezeichnen, Deutschland durch Handelsabmachungen zu schädigen, nicht ein einziger durchführbar sei. Er widersetze sich nicht im geringsten der Idee, Deutschland zu schädigen, aber er habe noch von keiner Maßnahme gehört, die das Zustandekommen würde, obgleichzeitig dem englischen Handel zu schaden. Einige Leute forderten einen Boykott des deutschen Handels nach dem Kriege. Das Resultat wäre, daß alle Neutralen Deutschland in die Arme getrieben würden, da es ihnen natürlich besonders vorteilhafte Bedingungen machen würde. Er hoffe, daß man dem Feinde eine ausreichende Entschädigung für Serbien und Belgien auferlegen werde. Das sei aber nur durchführbar, wenn Deutschland Waren ausführen könnte. Die vorgeschlagenen Vorschriften würden alle den englischen Handel zu schädigen. Es sei möglich, daß Deutschland bei Kriegsschluß, wenigstens was Lebensmittel anbelangt, ein Freihandelsland werden würde, da es nicht imstande sei, unter dem Schutzzollsystem genügend Zufuhren zu erhalten.

Die englische Regierung selbst steht, wie aus Verhandlungen des Unterhauses am 14./3. hervorgeht, jenen Kreisen, die den Zollkrieg nach dem Krieg propagieren, durchaus fern. In dieser Sitzung erklärte Premierminister Asquith auf eine dahingehende Interpellation, die von zwei Liberalen (darunter der soeben gescheiterte Robertson) begründet wurde, er wolle in den einfachsten, klaren Ausdrücken sagen, daß die von den Vorrednern ausgesprochenen Befürchtungen in Zukunft nicht bestehen sollten, und daß die Vertreter der Regierung bei der bevorstehenden finanzpolitischen Konferenz in Paris nichts tun oder sagen würden, was die Handlungsfreiheit der Regierung oder des Unterhauses irgendwie binden würde. Die Einladung der Verbündeten, namentlich Frankreichs, hätte man nicht ablehnen können. Aber die Regierung beabsichtigte nicht, über einen Gedanken austausch hin auszugehen, und die Vertreter der Regierung würden aus Paris zurückkehren ohne jede Verpflichtung in bezug auf gewisse bestimmte Maßregeln, die hoffentlich in nicht ferner Zukunft ergriffen werden würden. Es sei kein Grund zur Besorgnis, daß die Regierung vorzeitig in diesem Stadium das Land auf Maßregeln festlege, die die sorgfältigste Erwägung erheischt und über die England nicht nur seine Verbündeten, sondern auch seine Kolonien befragen müsse, und die weitreichende Ergebnisse, vielleicht ungünstige Folgen haben könnte.

Das ist allerdings eine ziemlich deutliche Absage an die wirtschaftspolitischen Heißsporne, die in dem naiven Glauben leben, mit einigen Zollverträgen, also durch rein berliche Maßnahmen, Deutschlands Industrie und Handel klein kriegen zu können, die durch eigene Arbeit, aus sich selbst heraus zu ihrer Blüte gelangt sind. *Sf.*

Jahresberichte der Industrie und des Handels.

Ungarns Eisenerzeugung im Jahre 1914/15. Wie dem vom Finanzminister veröffentlichten Geschäftsbericht der königlich-ungarischen Eisenwerke vom Jahre 1914/15 zu entnehmen ist, hat sich die bereits vor dem Kriege in den industriellen und wirtschaftlichen Verhältnissen eingetretene Depression nach Kriegsausbruch noch verstärkt; Die öffentlichen und Eisenbahnbauten wurden fast ganz eingestellt und die staatlichen Investitionen auf ein Mindestmaß beschränkt. Hierzu kamen die Einberufungen eines

großen Teils der Angestellten und Arbeiter sowie erhebliche Verkehrsschwierigkeiten. Im späteren Verlauf des Jahres milderten sich die Fabrikationsschwierigkeiten; es entstand ein namhafter Bedarf an Kriegsausrüstungsartikeln und die hierdurch erzielte Mehrproduktion hat den bei den übrigen Fabrikaten eingetretenden Rückgang einigermaßen wettgemacht, wenn auch nicht ausgeglichen. Das Geschäftsergebnis wurde auch durch die Schwierigkeit der Beschaffung von Rohmaterialien und dem Mangel an geübten und Arbeitern überhaupt ungünstig beeinflußt. Das Inventar- und Stammkapitalkonto schließt mit 138 779 510 K, das Stammkapital hat um 3 952 830 K zugenommen. Die ordentlichen Einnahmen belaufen sich auf 69 972 820 K, die ordentlichen Ausgaben auf 62 792 283 K, so daß der eine Geschäftsüberschuß von 7 180 536 K um 2 930 732 K ungünstiger ist als im Vorjahr. Der ausgewiesene Betriebsüberschuß beträgt 10,26% der Einnahmen, 5,17% des Investitionskapitals und 3,08% des sich auf 232 842 718 K belaufenden Investitions- und Betriebskapitals. Die Produktion der Eisenwerke und der mit diesen verbundenen Gruben und Maschinenfabriken betrug in den wichtigsten Erzeugnissen: Braunkohlen 3 412 963 dz, Eisenerze 2 093 326 dz, Roheisen 955 640 dz, Eisen- und Metallguß 155 623 dz, Stahlguß 6 0014 dz, Kanonengeschosse 50 146 dz, Schienen, Eisenverbindungen, Unterlagen 451 882 dz, Platten 148 244 dz Röhrenfabrikat 68 776 dz, geschmiedeter und gewalzter Tiegel- und Werkzeugstahl 6 101 dz, usw. Die Produktion hat sich in den Hauptfabrikationszweigen gegenüber dem Vorjahr nur bei vier Artikeln erhöht, und zwar bei Kanonengeschosse um 32 578 dz, bei geschmiedeten Maschinenteilen um 109 578 dz, bei geschmiedeter und gewalztem Tiegel- und Werkzeugstahl um 270 dz und bei Wechselkreuzungen um 26 dz erhöht; die anderen Artikel zeigten sämtlich eine Produktionsabnahme, Braunkohlen um 170 124 dz, Eisenerz um 661 033 dz. (Nach Mont. Rundsch.)

mw.

Die Kohlengewinnung Belgiens 1915. Aus den jetzt vorliegenden Daten über die Gewinnung Belgiens an mineralischen Brennstoffen für das Jahr 1915 ergeben sich für die einzelnen Bergbaubezirke folgende Produktionsziffern: Lüttich: Steinkohlen 4 010 640 t, Koks 90 325 t, Briketts 384 041 t; Charleroi: Steinkohlen 5 976 263 t, Koks 129 974 t, Briketts 773 174; Mons: Steinkohlen 4 257 269 t, Koks 264 182 t, Briketts 45 410. Insgesamt betrug die Steinkohlenförderung in den genannten drei Bezirken im Jahre 1915 14 238 172 t, die Kokserzeugung 484 481 t und die Briketterzeugung 1 202 635 t. In allen drei Revieren hat die Kohlenförderung im Jahre 1915 eine rasche Entwicklung genommen. Vergleichsweise sei erwähnt, daß die Kohlenproduktion Belgiens im letzten Friedensjahr 1913 insgesamt 22,8 Mill. t betrug. (B. T.)

ar.

Englands Farbeneinfuhr 1915 (1914) betrug in Anstrichfarben und Pigmenten: Baryte 141 740 (631 780) cwts. im Werte von 36 016 (85 277) Pfd. Sterl., Nickeloxyd 33 463 (25 264) cwts. im Werte von 168 757 (125 754) Pfd. Sterl., Bleimennige 2111 (39 621) cwts. im Werte von 2886 (42 667) Pfd. Sterl., Bleiweiß 174 502 (282 642) cwts. im Werte von 233 380 (337 591) Pfd. Sterl., Zinkoxyd 379 247 (354 708) cwts. im Werte von 575 147 (409 543) Pfd. Sterl., anderen 496 930 (729 713) cwts. im Werte von 499 545 (668 227) Pfd. Sterl., das sind zusammen 1 221 993 (2 063 728) cwts. im Werte von 1 515 731 (1 669 059) Pfd. Sterl.; in Farbstoffen: Catechu 91 828 (59 568) cwts. im Werte von 131 758 (80 938) Pfd. Sterl., Alizarin und Anthracenterfarben — (32 091) cwts. im Werte von — (134 647) Pfd. Sterl., Anilin- und Naphthalinterfarben 5431 (192 369) cwts. im Werte von 42 904 (1 105 857) Pfd. Sterl., synthetischer Indigo 6542 (15 517) cwts. im Werte von 74 849 (50 567) Pfd. Sterl., andere Teerfarben 67 (179) cwts. im Werte von 762 (359) Pfd. Sterl., Farbextrakt im Werte von 346 272 (138 332) Pfd. Sterl., natürlicher Indigo 25 157 (5314) cwts. im Werte von 1 256 712 (181 695) Pfd. Sterl., andere Arten 280 334 (150 281) cwts. im Werte von 1 460 502 (336 035) Pfd. Sterl. Die Ausfuhr in Anstrich- usw. Farben betrug: Baryte 49 079 (59 587) cwts., Bleiweiß 310 816 (384 982) cwts.,

Zinkoxyd 44 670 (38 733) cwts., andere Sorten 1 278 057 (1 635 501) cwts.; Teerfarbstoffe 36 771 (46 031) cwts. im Werte von 269 477 (170 013) Pfd. Sterl., andere Farbstoffe 172 248 (175 827) cwts. im Werte von 232 762 (125 433) Pfd. Sterl. (Nach „The Oil and Colour Trades Journ.)

mw.

Nach „Chamber of Commerce Journ. Suppl.“ betrug die Farbstoff- und Farbholzeinfuhr aus den Kolonien 1914 (1913): Indigo (hauptsächlich aus Indien) 5314 (4174) cwts; Catechu 59 568 (52 781) cwts.; Blauholz 9343 (9629) cwts. (einschl. Einfuhr aus Brasilien, hauptsächlich aber aus Jamaika).

mw.

Indiens Ausfuhr 1914/15 (1913/14) belief sich in: Indigo 17 142 (10 939) cwts. zum Durchschnittspreis von 35 (13) Pfd. Sterl., in Curcuma (indischer Safran) 64 148 (115 027) cwts. (Nach „Chamber of Commerce Journ. Suppl.“)

mw.

Rußlands Zuckerrübenerzeugung. Die Gesamternte an Rüben wird nach den Feststellungen des Altrussischen Verbandes der Zuckerfabrikanten auf 695 224 400 Pud berechnet. Hier von waren am 1./12. 1915 in den Fabriken 634 290 800 Pud abgeliefert und 573 810 200 Pud verarbeitet. Die gesamte Menge der in Aussicht stehenden Zuckererzeugung in den 235 Zuckerfabriken, die den Betrieb aufgenommen haben, beträgt 96 461 300 Pud (13,87% vom Gewichte der Rüben). (Nach Torg. Prom. Gaz. vom 24. 1./6. 2. 1916.)

Sf.

Gesetzgebung.

Zölle, Steuern, Frachtsätze, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.

Argentinien. Es sind zu verzollen: Zimtessenz, künstliche, 95% Zimtaldehyd enthaltend, wie nicht besonders genannte Aldehyde (Nr. 2825 des Wertschätzungs-tarifs; Schätzungswert 3 Pesos für 1 kg) mit 25% vom Werte; Baryumsperoxyd, reines, in Eisentrommeln eingehend mit 25% vom angemeldeten Werte.

Sf.

Niederlande. Das Ausfuhrverbot für Oxalsäure ist aufgehoben.

L.

Italien und Schweden. Zusammenstellungen der geltenden Ausfuhrverbote sind in der Gazzetta Ufficiale vom 15. und 21./1. 1916 und in Svensk Export Nr. 543, Heft 1 vom Januar 1916 veröffentlicht. Diese Zusammenstellungen sind in deutscher Übersetzung in Beilagen zu Nr. 17 und 18 der „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ abgedruckt.

Sf.

Bulgarien. Die Ausfuhr von Gummiwaren und Abfällen davon ist durch Verordnung vom 24./1. 1916 verboten worden. (Österr.-Ung. Kons.-Korresp.)

Sf.

Rußland. Als unbedingte Kriegskontrollen werden die gelten laut Erlaß vom 24./1. 1916 u. a. Schmieröl, Korund, natürlicher und künstlicher (Alund), und Carborund in allen vorkommenden Formen; — Paraffin; — Schießpulver und Sprengstoffe jeder Art, insbesondere die im Kriege gebräuchlichen; — Rohstoffe jeder Art, die zur Herstellung von Sprengstoffen gebraucht werden können, mit Einschluß von: Salpetersäure und salpetersauren Verbindungen aller Art; Schwefelsäure; rauchender Schwefelsäure; Essigsäure und essigsaurer Salzen; Bariumchlorat und -perchlorat; essigsaurer Calcium; salpetersaurem Carbid(?); Kalisalzen und Ätzkali; Ammoniakalzalzen und Ammoniaklösungen; Ätznatron; Natrumchlorat und -perchlorat; Quecksilber; Benzol; Toluol; Xylol; Solvent-naphtha; Phenol; Kresol; Naphthalin, seinen Verbindungen und Derivaten; Anilin und seinen Derivaten; Glycerin; Aceton; Essigäther; Äthylalkohol; Methylalkohol; Äther; Schwefel; Harnsäure; Harnstoff; Cyanamid; Celluloid; — Mangansperoxyd; Salzsäure; Brom; Phosphor, Schwefelkohlenstoff; Arsenik und seine Verbindungen; Chlor; Phosgen; Schwefelsäureanhydrid; Eisencyannatrium; Cyannatrium; Jod und seine Verbindungen; — Gerbstoffe jeder Art einschließlich Querbrachoholz und jeder Art der für Gerbzwecke gebräuchlichen Auszüge; — Panzerplatten; — Mineralöle, einschl. des Benzins und jeder Art flüssigen Heiz-

materials für Motoren u. dgl. mit innerer Verbrennung; — Harze; Campher; Terpentinöl und Terpentin; Baumharz und Baumharzöl; — Kautschuk, einschl. des Rohkautschuks sowie des regenerierten Kautschuks; Auflösungen und Mischungen davon, sowie Gegenstände daraus usw.; — Schmierölmittel; Kastoröl (Ricinusöl); — folgende Metalle: Wolfram; Molybdän; Vanadium; Natrium, Selen; Cobalt; aus Roteisenstein gewonnenes Roheisen in Barren; Mangan; elektrolytisches Eisen u. dgl. Stahl, die Wolfram oder Molybdän enthalten; — Asbest; — Aluminium; künstl. Tonerde; Aluminiumsalze; — Antimon sowie seine Schwefelverbindungen und Antimonoxyde; — Kupfer, roh oder bearbeitet; Kupferdraht, -legierungen und -verbindungen; — Blei in Barren, Blöcken oder Klumpen; — Zinn; Chlorzinn und Zinnerze; — Eisenlegierungen (Ferroverbindungen), einschl. Wolfram-, Molybdän-, Mangan-, Vanadium- und Chromeisen; — folgende Erze: Wolframerze (Wolframat und Scheelit); Molybdän-, Mangan-, Nickel- und Chromerz; Erz von rotem Eisenstein; Eisenkies; Kupferkies und andere Kupfererze; Zink-, Blei-, Arsenerz und Bausit.

Als bedingte Konterbände gelten u. a.: Ölsämereien, Nüsse und Körner; — tierische und pflanzliche Öle und Fette, die nicht als Schmiermittel gebraucht werden können, einschließlich der flüchtigen Öle; — Heizmaterial, ausgenommen Mineralöle; — Schießpulver und Sprengstoffe, die im Kriege nicht gebraucht werden können. (Torg. Prom. Gaz. vom 31. 1./13. 2. 1916.) *Sf.*

Die Ausfuhr von Streichhölzern ist verboten über die Landgrenzen des europäischen Rußlands und über alle Häfen des Weißen, Kaspiischen, Schwarzen und Asowschen Meeres sowie über die Häfen des Seengebiets, die an den Mündungen des Amur und südlich davon belegen sind, mit Ausnahme der Ausfuhr nach Sachalin und Kamtschatka.

Die Einfuhr von Streichhölzern aus dem Auslande und aus Finnland ist in folgender Weise von dem Finanzminister gestattet worden. Über die Zollämter von Archangelsk und Reval zu je 100 Mill. Schachteln (etwa 75 Streichhölzer) und über das Petersburger Zollamt an der finnländischen Bahn 500 Mill. Schachteln, im ganzen also 700 Mill. Schachteln. Die Durchfuhrzollämter für die übrigen 300 Mill. Schachteln werden später bekannt gegeben werden. Bekanntlich waren 1000 Mill. Schachteln für die Einfuhr freigegeben worden. Diese unterliegen keinem Zoll, sondern nur der Accise, gleich wie Streichhölzer russischer Fabrikation. („Retsch“ vom 6./2. 1916.) *A.*

Schweden. Durch Kundmachung vom 1. und 3./3. 1916 ist die Ausfuhr verboten u. a. von Wolframdraht; Borsäure; Schusterpech aus Harz, aufgelöst in Holzteer; Trockenmilch; Papierabfall; Spiegelganz; Platin, unbearbeitet; Platinwaren, andere als solche mit gefärbten Steinen oder Perlen. (Stockholms Dagblad.) *Sf.*

Deutschland. Das Verbot der Aus- und Durchfuhr von Kieselgur (Angew. Chem. 28, III, 107 [1915]) ist unterm 4./3. 1916 aufgehoben worden. *Sf.*

Als Leimleder im Sinne der Verordnung vom 24./2. 1916 (vgl. S. 164) sind anzusehen sämtliche Abfälle, die bei der Verarbeitung von Rohhaut entstehen. Anmeldeformulare sind zu beziehen durch den Kriegsausschuß für Ersatzfutter, Berlin W 10 (Matthäikirchstr. 10). *Sf.*

Pflanzliche und tierische Öle und Fette jeder Art — mit Ausnahme von Butter, Margarine und Schmalz — sowie Seifen, die aus dem Ausland eingeführt werden, sind an den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette, G. m. b. H., Berlin, zu liefern. Der Reichskanzler erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen und kann Ausnahmen zulassen sowie Vorschriften über Durchfuhr der genannten Erzeugnisse erlassen. (Verordnung vom 4./3. 1916. — Rchsges. Bl. Nr. 42 vom 6./3. 1916.) *Sf.*

Die gewerbliche Verarbeitung von Kiefernrohhars darf lt. Verordnung vom 9./3. 1916 nur durch den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette G. m. b. H. in Berlin erfolgen. *Sf.*

Marktberichte.

Vom englischen Metallmarkt. Der Kupferpreis, der seit Kriegsausbruch bereits wiederholt erheblich gestiegen war, ging in der ersten Hälfte des Februar, wie der Economist vom 12./2. berichtet, auf mehr als 100 Pfd. Sterl. für 1 t hinauf. Die Preise der wichtigsten Metalle stiegen in England seit Kriegsausbruch folgendermaßen:

	Preis für 1 t	Ende Juli 1914	Februar 1916
Kupfer	59/15/0	104/0/—	
Blei	19/5/0	32/15/— ¹⁾	
Zinn	141/17/6	179/10/—	
Eisen	2/11/6	4/14/—	

Bezeichnend ist es, daß der „Economist“ vom Zink überhaupt nicht spricht. Dieses Metall bildet mit seiner enormen Preissteigerung (Angew. Chem. 28, III, 459 [1915]) allerdings die wundeste Stelle, an die man in England nicht gern röhrt.

Sf.

Zur Lage des englischen Drogen- und Chemikalienmarktes. Die Vorräte einer Reihe von Drogen und Chemikalien sind an englischen Märkten schon seit einiger Zeit sehr knapp geworden, so daß die Preise hierfür weiter gestiegen sind. Von den in Betracht kommenden Sorten wurde seit Anfang Februar nur wenig umgesetzt, so daß die Preise vielfach überhaupt nur nominelle Bedeutung haben. Für Kupfersulfat ist der Preis von 45/10/— Pfd. Sterl. jetzt auf 47/10/— Pfd. Sterl. zur Lieferung bis Ende März erhöht worden. Weinsteinsäure kostete vor einigen Wochen noch 2/6—6 $\frac{1}{4}$ sh., Verkäufer verlangen jetzt 2/9—10 sh., während Cremor tartari 98% von 185 sh. auf 192 sh. gestiegen ist. Obwohl noch ziemlicher Vorrat davon vorhanden ist, haben die Besitzer den Preis für Natron, salpeters., raff., von 17 auf 17/10/— Pfd. Sterl. und für gewöhnliche Ware von 16 auf 17 Pfd. Sterl. in die Höhe gesetzt. Auch Citronensäure, welche sich vor Monatsfrist noch auf 2/9—10 sh. stellte, kostet jetzt bis zu 3/2 sh. bei großer Zurückhaltung der Verkäufer. Bora x konnte am Londoner Markt nicht in den verlangten Mengen geliefert werden, obwohl Käufer höhere Preise geboten haben. Zu Beginn des Berichtsabschnittes bedangen Verkäufer für Krystalle 25 sh., für Pulver 26 sh., inzwischen sind die Preise auf 28 bzw. 29 sh. in die Höhe gesetzt worden. Knappheit an Borsäure hat gleichfalls wesentliche Preissteigerungen hierfür zur Folge gehabt. Krystallisierte kostete vor einigen Wochen etwa 43 sh., pulverisierte aber 45 sh., während Abgeber jetzt 48 sh. bzw. 50 sh. verlangen. Der Preis für Chinin war zu Anfang des Jahres noch etwas ermäßigt worden, im Laufe des Berichtsabschnittes ist er aber mangels Zufuhren von 2/6 auf 3/10 sh., also um mehr als 50% gestiegen. Preisermäßigungen sind während des Berichtsabschnittes jedenfalls nirgends eingetreten, im Gegenteil, für die meisten Artikel werden weitere Preisaufschläge erwartet, da deren Beschaffung fast unmöglich geworden ist. Von sonstigen Artikeln stellen sich die Notierungen wie folgt: Schollack, T. N. Or., Lieferung März 81 sh., Mai 83 sh., Kautschuk 3/2 bis 3/8 sh., Chorkali 1/6 sh., Cyankalium 3/6 sh., Kali, dopp. chrom., 8/— sh., Eisen vitriol 100 sh., Quillajajarinde 38—39 sh., Sarsaparilla 1/— bis 1/1 sh., Rhabarber 2/2 sh., Menthol 11/6 sh., Oxalsäure 1/4 sh., Quecksilber 16/15/— Pfd. Sterl. *m.*

Drogen und Chemikalien im In- und Auslande. Dem Bericht, den die Großhandelsfirma Brückner Lampe u. Co. nach einer Unterbrechung von 1 $\frac{1}{2}$ Jahren zum erstenmal wieder veröffentlicht, entnehmen wir folgende Mitteilungen. Fast alle Drogen und Chemikalien sind stark im Preise gestiegen, ganz besonders aber folgende Gruppen: Öle und Fette, alle Seifen, Salbengrundlagen, Vaseline, Adeps Lanae, dann besonders Medizintran, der mit etwa 600 M die Tonne den höchsten Preis überschritten, den er seit 30 Jahren mit 500 M hatte; gar nicht zu haben ist medizinisches Ricinusöl, fast unerschwinglich hoch im Preise Oleum Cacao. Als fehlend ist zu bezeichnen Erdnußöl, Olivenöl und Cocosöl. — Von Desinfektionsmitteln ist Carbolsäure,

¹⁾ Für Anfang Februar werden S. 155 die Bleipreise noch mit 31 Pfd. Sterl. angegeben.

Formaldehyd und Calcium hypermanganic teurer geworden, indessen sind die Steigerungen als mäßig zu bezeichnen. — Brompräparate, durch Kampf zwischen den Erzeugern auf äußerst niedrige Preise gedrückt, wurden dieser Tage von der Konvention erhöht. Trotzdem hält sich der Preis noch ungefähr 20% unter denjenigen der Jahre 1900/1904. — Jodpräparate gleichfalls teurer, indessen auch noch billiger, als sie schon mehrmals in Friedenszeiten waren. — Wismut und Salze dürften weiterer Steigerung entgegengesetzt. — Opium, Morphium, Codein: Die Berichte über die nächste Ernte lauten so, daß man bei dem großen Bedarf, der in den kriegsführenden Ländern herrscht, auf weitere Preiserhöhungen rechnen muß. — Acid. citric. und tartaric. jetzt schon sehr hoch, werden bei Beginn der Verbrauchszeit vermutlich noch mehr in die Höhe gehen. Die Zufuhr des Rohmaterials aus dem Auslande stockt völlig. — Salicylpräparate, nach denen vom neutralen Auslande her stürmische Nachfrage besteht, gingen höher, ohne daß man die Steigerung schon als abgeschlossen anschen müßte. — Phenacetin, Phenazon, Chloralhydrat und Naphtholpräparate dürfen ihre Aufwärtsbewegung ebenfalls fortsetzen. — Glycerin, Schwefel, Campher und Salpeter sind, wie bekannt, beschlagnahmt. — Vegetabilien: Die von Übersee stammenden haben hohe Preise erreicht. Auch einheimische Vegetabilien haben fast durchweg im Preise angezogen. — Gewürze: Die große Inanspruchnahme der im Lande vorhandenen Läger von Gewürzen, wie Pfeffer, Nelken, Zimt, Ingwer hat starke Steigerungen der Preise hervorgerufen. — Durch Steigerung der Rohstoffe, namentlich auch die des Spiritus, sind alle galenischen Präparate wesentlich teurer. Es ist aber nicht zu erkennen, daß sich der Verbrauch außerordentlich einschränkt. Niemand kauft mehr ein, als er unbedingt nötig hat, und so wirken die hohen Preise wohltätig auf die sparsame Verwendung unserer Vorräte.

Von besonderem Interesse ist die Gegenüberstellung inländischer und ausländischer Preise für einige wichtige Artikel.

Es kosten ungefähr das Kilo:

	in Russland	Deutschland
	M	M
Aspirin	280,—	42,—
Chininsulfat	300,—	80,—
Cocain	850,—	220,—
Codein. phosphor.	1400,—	605,—
Bromkalium	70,—	3,80
Bromnatrium	100,—	4,50
	in England	Deutschland
	M	M
Bromkalium	50,—	3,80
Coffein	100,—	48,—
Cocain	500,—	220,—
Opium	77,—	63,—
Phenacetin	144,—	8,50
Kaliumpermanganat	12,—	1,50
Chininsulfat	120,—	80,—
Salicylsäure	50,—	3,70
	in den V. St. von Nord-Amerika	Deutschland
	M	M
Benzosäure c toluolo	40,—	8,—
Hydrochinon	50,—	16,—
Vanillin	500,—	120,—
Salicylsäure	35,—	3,70
Antipyrin	290,—	30,—
Chloroform	6,—	2,50
Coffein	100,—	48,—

Ma.

Auf dem Petroleummarkt in Frankreich vollzog sich die Preisgestaltung seit Kriegsbeginn nach dem „Temps“ vom 12./2. folgendermaßen: Solange die alten Vorräte reichten, bis zum Januar 1915, wurden die alten Preise aufrecht erhalten. Von da ab traten als Teuerungsgründe die Erhöhung der Transportkosten, der Versicherungsgebühren und die Verluste im Wechselkurs auf. Im

Einverständnis mit der Finanzverwaltung wurden deshalb im Laufe des Jahres 1915 die Preise für Petroleum von 25 auf 33 Frs., für Benzin von 42,50 auf 50,50 Frs. für 1 hl erhöht. Seit September 1915 sind sowohl die Petroleumpreise in Amerika wie die Frachtkosten weiter gestiegen; so beträgt die Fracht von New York nach Le Havre, die damals noch 90 sh. war, jetzt 140 sh. Die englische Admiraliät hat zwar vier weitere von den für Heereszwecke requirierten Tankdampfern der größtenteils aus englischen Schiffen bestehenden Petroleumflotte für die französische Einfuhr zur Verfügung gestellt. Die Frage ist aber, wann diese Dampfer in Tätigkeit treten werden, und ferner, ob ihre Tätigkeit genügt, den Frachtpreis nennenswert zu beeinflussen. Man rechnet auf Grund des Heeresbedarfs für 1916 mit einem Verbrauch von zirka 600 000 t. Wenn man jeden Dampfer auf 5000 t und 6—7 Reisen veranschlägt, wären 20 Tankdampfer erforderlich. Die vier neuen, von der englischen Admiraliät bewilligten, werden also auch mit den alten zusammen nicht imstande sein, den Bedarf zu decken.

Das sind die Gründe, weshalb die Verkaufspreise für Petroleum und Benzin in Frankreich ganz automatisch steigen müssen. Im Februar haben die Raffineure und Importeure nach langen Verhandlungen die Preise, Kai Rouen, in Gebinden von 50 l, für Petroleum auf 36 Frs., für Benzin auf 55,50 Frs. für 1 hl festgesetzt. (Vgl. englischen Petroleummarkt S. 101.) Sf.

Über die Lage der rumänischen Petroleumindustrie werden dom „Mon. d. Pétr. Roum.“ folgende Mitteilungen entnommen: Die Preise des Rohpetroleum blieben während der letzten vierzehn Tage fest, obgleich die Ausfuhr in dieser Zeit verboten war. Infolge des Rückganges des Angebots in Rohpetroleum Marke Bustenari und steigender Nachfrage seitens der Raffinerien schwanken die Preise für prompte Noten zwischen 4,30 und 4,40 Frs. für 100 kg. Im allgemeinen ist eine sichtbare Besserung der Verkaufsbedingungen zu konstatieren, indem die Raffinerien, welche über keine eigene Produktion verfügen, sich mit großen Mengen Rohpetroleum versorgen und so alle Ware, welche auf den Markt kommt, absorbieren, namentlich die aus den Distrikten Lichtenau und Moreni-Tzucani. Da die meisten Raffinerien jetzt mehr oder weniger gut für die Bearbeitung der Rückstände zu destillierten Mineralölen eingerichtet sind, ist der Verbrauch von Rohpetroleum größer geworden, was im Zusammenhang mit dem Rückgang der Erzeugung des Rohpetroleum einen wohligen Einfluß auf die Preise ausübt, doch bleibt abzuwarten, ob angesichts der steigenden Exportschwierigkeiten, diese günstige Tendenz sich wird behaupten können. Petroleum aus dem Distrikt Moreni kostet 4,10—4,20 für prompte Lieferung, leichtes Rohpetroleum aus Tzintea 3,70 Fr. pro 100 kg. Das leichte, paraffinfreie Rohpetroleum aus Bordeni, Baicei, Bana ist zurzeit vernachlässigt, paraffinhaltiges findet keinen Absatz. — Die Produktion beträgt ca. 420—430 Waggons täglich und das allein dank der Tatsache, daß die großen Gesellschaften die Bohrlöcher von Moreni Tzucani und Stavrozoleos wieder aufgenommen haben, die längere Zeit suspendiert waren. Unbedingt notwendig ist, daß die Eisenbahn schleunigst die Zahl der Zisternenwagen vermehrt, anderenfalls die Gefahr einer neuen Anhäufung von Fabrikaten, die durch den Mangel geeigneter Reservoirs noch vergrößert wird, bevorstehen. (B. B. Z., 7/3. 1916.) dn.

Die Fabriken technischer Papiere beschlossen einen Teuerungszuschlag für Pauspapiere von 20%, für Zeichenpapiere von 40%, für Durchschreibepapiere von 50%. Für Kohlepapiere wurde die bisherige Preiserhöhung auf 50% erhöht. Gr.

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

England. Nach einer Reutermeldung betrug die Einfuhr nach England im Februar 67 348 243 Pfd. Sterl. gegen 65 200 472 Pfd. Sterl. im Februar 1915; die Ausfuhr 36 335 782 gegen 26 176 973 Pfd. Sterl. ar.

Lauby (F. M. S.) Rubbe Co. Der Abschluß für 1915 (1914) ergibt: Dividende 30 (15)%; Rückstellungen 12 988 (10 000) Pfd. Sterl., Vortrag 10 956 Pfd. Sterl. (Times vom 3./3. 1916.) mw.

Frankreich. Der empfindliche Mangel an Kupfersulfat stellt die ganze französische Weinernte in Frage. Seine Verteuerung ist nach der „Action“ vom 24./1. eine Folge der hohen Kupferpreise. Die Fabriken, die Kupfersulfat erzeugten, haben sich der besser lohenden Fabrikation anderer Chemikalien zugewendet, die zu Kriegszwecken gebraucht werden. Infolgedessen hat sich der Preis verdreifacht. Laut „Temps“ vom 29./1. beantragte die Kammer, um dem Weinbau im Süden aufzuhelfen, dessen Erträge in gefahrdrohendem Umfang zurückgehen, ohne Verzug folgende Maßregeln zu ergreifen: 1. Intensivere Erzeugung von Kupfersalzen im Lande; 2. Erleichterung der Einfuhr; 3. Preisregulierung, Bekämpfung der Spekulation, gegebenenfalls Beschlagnahme des Kupfersulfats; 4. Erleichterungen für den Transport der Salze.

Sf.

Italien. Der Papiermangel nimmt in Italien mehr noch als in Frankreich und England immer ernsteren Charakter an und hat nicht nur zu einer erheblichen Preissteigerung, sondern auch bereits zu Betriebeinschränkungen in den Papierverbrauchenden Gewerben und einer bedeutenden Arbeitslosigkeit geführt. Nach „Sole“ vom 19./2. hat eine Abordnung von Vertretern der Druckerei-, Verleger- und Buchhändlervereinigungen dem Finanzminister ihre Wünsche unterbreitet. Man fordert Erleichterungen für die Zufuhr der Rohstoffe, zeitweise Aufhebung des Einfuhrzolles auf Zeitungsdruckpapier, Beschränkung der Papierausfuhr und Zurückstellung der nicht ersetzbaren Arbeiter der Papierfabriken vom Heeresdienst.

Federico Flora untersucht im „Resto del Carlino“ vom 11./2. die Ursachen der Papierkrise. Die italienische Papierindustrie befand sich vor dem Krieg in einer günstigen Entwicklung. Sie umfaßt 473 Fabriken mit zusammen 40 000 Arbeitern und 250 Mill. Lire Kapital. Ihre Jahreserzeugung beträgt etwa 3,5 Mill. dz. Für gewisse Papierarten hat sie sich einen bedeutenden Absatz im Auslande erworben. Der Außenhandel Italiens in Papierfabrikaten betrug

Im Jahre	Einfuhr		Ausfuhr	
	Lire		Lire	
1913	16 357 416		18 173 335	
1914	15 106 556		13 560 908	
1915	7 067 651		21 015 347	

Die gegenwärtige Krise beruht hauptsächlich auf dem Mangel oder der Verteuerung der wichtigsten Rohstoffe. Für den Bezug von Cellulose war Italien fast ganz von Österreich und Deutschland abhängig. Infolge Unterbindung der Einfuhr stieg der Preis für Rohcellulose von 21 auf 42 Lire und für gebleichte Cellulose von 28 auf 63 Lire für 1 dz. In gleicher Weise sind die Preise für Kohlen, Maschinen, chemische Erzeugnisse und andere Rohstoffe gestiegen. Dementsprechend haben sich die Preise für Packpapier von 55 auf 90 L., für Druckpapier von 40—50 auf 80—100 L., für Zeitungspapier von 35 auf 60 L. für 1 dz erhöht. Flora hält ebenfalls eine Beschränkung der Ausfuhr für erforderlich, die für Zeitungspapier bereits erfolgt ist. Doch warnt er gleichzeitig vor den Folgen, die eine zu weitgehende Beschränkung der Ausfuhr für die Zahlungsbilanz Italiens im Kriege und die spätere Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Papierindustrie haben würde.

Sf.

Rußland. Die Beratungen, die im Finanzministerium über die Lage der Zuckerindustrie stattfanden, sind zu Ende geführt worden. Das Ergebnis ist in einer Resolution niedergelegt, die besagt, daß, damit die Zuckerfabrikanten in 1916/17 das benötigte Quantum Zucker herstellen können, sie folgender Unterstützungen bedürfen: 1. rechtzeitige Zusendung von Heizmaterial und Zuckerrüben zur Fabrik und 2. vorteilhaftere Bedingungen für den Kredit in der Staatsbank. Ferner wurde für wünschenswert gehalten, die religiösen Beschränkungen, denen das Aktienwesen unterworfen ist, aufzuheben, um einem Zufluß von neuen Mitteln zu der Zuckerindustrie die Wege zu ebnen. Schließlich wurde die Frage aufgeworfen, alle Zuckerfabriken zu einem Kartell zu vereinigen und die Gesamtproduktion in dem besonderen Beirat für Verpflegungswesen auf den Konsum zu verteilen.

Die Moskauer Gesellschaft der Bierhändler beschloß, ihre Mineralwasserfabrik aus Mangel an Zucker zu liquidieren. (Nach „Russky Wjedomost“ vom 4/2. 1916.)

A.

Schweden. Die Stockholmer Superphosphate A.-G. errichtet 2 Tochtergesellschaften „Carbid“ und „Nitrogenum“ mit je 2—6 Mill. Kr. Kapital zur Ausbeutung von Erfindungen, Patenten und Erzeugungsmethoden auf dem chemischen Gebiete. Die Fabrik Carbid soll hauptsächlich die Herstellung von Chloraten und Sprengstoffen und die Fabrik Nitrogenum von Luftstickstoffpräparaten und schwefelsaurem Ammoniak betreiben.

Gr.

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Verschiedene Industriezweige.

Deutsche Zündholzfabriken A.-G., Lauenburg i. P. Dividende 12 (8) % bei einem von 252 000 auf 814 000 M gesteigerten Reingewinn.

on.

Vereinigte Gaswerke Augsburg. Der Abschluß der Gesellschaft ergab nach Absetzung der namhaften Agioverluste unter Deckung der restlichen Amortisation aus früheren Reserven eine Glattstellung der Bilanz (i. V. 222 815 M Reingewinn). Der Generalversammlung soll neben einigen Änderungen des Gesellschaftsvertrages die Verteilung einer Dividende von 5% (wie i. V.) aus der Spezialreserve von bisher 650 000 M vorgeschlagen werden, die damit auf 475 000 M reduziert erscheint.

ll.

Zuckerraffinerie Genthin A.-G., Genthin. Nach 176 648 (94 722) M Abschreibungen Gewinn 514 840 M (i. V. 474 325 Mark Verlust), durch den der Verlustvortrag von 353 266 M gedeckt wird, so daß noch 161 584 M Reingewinn verbleiben, über dessen Verwendung der im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Abschluß keine Angaben macht.

ar.

Bremer Linoleumwerke-Delmenhorst. Nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen Dividende 10 (5) %. ar.

Die Gründung der Deutschen Seidenbau-Gesellschaft, welche, wie berichtet, die Seidenraupe in genügenden Mengen in Deutschland zu züchten beabsichtigt, ist nunmehr unter Mitwirkung erster Industrieller und Großkaufleute des Seidenraengeschäftszweiges vollzogen. Die neue Seidenraupenzucht, die eine jährliche Einfuhr von 169 Mill. M Rohseide überflüssig machen und 40 000 Züchtern Verdienst schaffen soll, stützt sich auf die Ernährung der Raupen mit Blättern der deutschen Schwarzwurzel anstatt des südländischen Maulbeerbaumes. Zum Ehrenpräsidenten ist der erfolgreiche Urheber der neuen Entdeckung, Prof. Dr. Udo Dammer, Kustos des Botanischen Gartens in Berlin-Dahlem, gewählt worden. 1. Vorsitzender ist Kommerzienrat Arthur Schmidt, in Fa. Schmidt & Lorenzen, Berlin. Ferner sind verschiedene Ausschüsse, wie ein Eierbeschaffungsausschuß und ein Werbeausschuß gebildet, auch sollen Zweigvereine im Reiche, von denen belohrende Vorträge für die Züchter ausgehen, gegründet werden.

Gr.

Aus der Kaliindustrie.

Kalisyndikat. In der Gesellschafter-Versammlung des Kalisyndikats G. m. b. H. teilte der Vorstand folgendes mit: Der Kaliabsatz ist im Jahre 1915 6,8 Mill. dz Reinkali im Werte von 106—107 Mill. M, also nicht die Hälfte des normalen Absatzes gewesen. Der starke Absatzrückgang ist besonders auf die Ausfuhrverbote zurückzuführen. Die vom 1/10. 1915 ab bewilligte Preiserhöhung für zwei Kalisorten ist kein Äquivalent für die ungeheure Preissteigerung der Selbstkosten und daher ist das Kalisyndikat erneut an den Bundesrat herangetreten, um günstigere Bedingungen für die Kaliindustrie zu erlangen. Die großen Bemühungen der deutschen Eisenbahnverwaltungen in der Verbesserung der Wagengestellung verdienen volle Anerkennung. Der Wagenmangel ist in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres nicht halb so groß gewesen, wie im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Die Folge dieser verhältnismäßig günstigen Wagengestellung war, daß im Januar und Februar große Mengen Kalisalze fast ausschließlich an die deutsche Landwirtschaft geliefert werden konnten und daß auch der Märzversand sich verhältnismäßig gut angelassen hat. Es ge-

reicht dem Kalisyndikat zur besonderen Genugtuung, daß es dadurch in den Stand gesetzt worden ist, die Landwirtschaft besser mit Kalisalzen zu versehen, als es im vorigen Jahre möglich war, wenngleich die Kaliindustrie im Hinblick auf die Inlandpreise dabei der leidtragende Teil ist. Im übrigen nahm die Versammlung mit Befriedigung davon Kenntnis, daß bezüglich der Ausfuhr von Kalisalzen seitens der Regierung Erleichterungen geschaffen werden sollen. Die Gesellschafterversammlung erklärte sich einstimmig mit der Aufnahme von vier neuen Schächten in das Kalisyndikat einverstanden und nahm die damit verbundene Kapitalserhöhung vor. Sie beschäftigte sich weiter mit den Vorschlägen zu einem neuen Richtpreisabkommen, vertagte jedoch eine endgültige Beschlusffassung über diese Vorschläge. (B. B. C., 9./3. 1916.) *on.*

Kaligewerkschaften Ransbach und Heimboldtshausen. Der Grubenbetrieb konnte im Berichtsjahre durch Übernahme fremder Absatzbeteiligungen trotz des Krieges fortgesetzt werden, was mit Rücksicht auf die Neueinschätzung und die Erlangung der endgültigen Beteiligungen von großer Wichtigkeit ist. Die Aufschließung ist soweit gefördert, wie der Ausbau der bereits aufgefahrenen Strecken sowie die Arbeiterzahl und der Absatz dies zuließen. Die Vollennung der Chlorkaliumfabrik und die Möglichkeit, die Salze durch deren Betrieb mit größerem Nutzen zu verwerten, wurde durch die Kriegswirkungen erheblich verzögert, so daß der Fabrikbetrieb statt Juli 1915 erst im Monat Oktober und nur teilweise aufgenommen werden konnte. Dabei machte die Einarbeitung der ungeübten Leute sich besonders nachteilig und störend geltend. Die zur Vollendung des Werkes noch erforderlichen Anlagen und Arbeiten werden erst im Jahre 1917 zum Abschlusse kommen können. Für Ransbach ergibt sich ein Verlust von 174 670 M, der sich durch den Verlustvortrag aus 1914 auf 222 510 M erhöht. Für Humboldtshausen beträgt der Verlust 157 743 M, der sich durch den Verlustvortrag aus 1914 auf 315 661 M erhöht. Da beide Werke noch im Ausbau begriffen sind, hat man von Abschreibungen auf die bereits vorhandenen Werte Abstand genommen. Bei beiden Werken wird vorgeschlagen, die Ausschreibung einer Zubusse von je 1 Mill. M zu beschließen, deren Teilbeträge je nach Erfordernis, besonders nach der Dauer des Krieges zur Einziehung gelangen sollen. *ar.*

A.-G. Kaliwerke Hatters, Philippsthal a. d. Werra. Die Kriegsfolge, wie Ausfuhrverbote, Wagen- und Arbeitermangel, Streckensperrungen, Verbrauchsrückgang u. a. haben im Geschäftsjahre 1915 den Absatz der Kalisalze in weit höherem Maße als im Jahre 1914 behindert. Infolgedessen ist der Gesamtabsatz, der im Jahre 1913 den Wert von 193 Mill. Mark betrug und 1915 einen Wert von 225 Mill. M erreicht haben würde, in diesem Jahre auf 106 Mill. M zurückgegangen. Die Selbstkosten sind dagegen durch Lohnherhöhung und durch die Verteuerung aller Betriebsstoffe erheblich gestiegen. Im Berichtsjahre hat die Gesellschaft infolge des Absatzmangels ihre Grube nur in den Monaten Mai bis August betrieben. Für die übrige Zeit wurde die Beteiligung den Gewerkschaften Heimboldtshausen und Ransbach übertragen, um diese zu weiterer Aufschließung ihres Grubenfeldes instand zu setzen und die Förderung behufs Kostensparung zusammen zu fassen. Der Anteil der Gesellschaft am Gesamtabsatze betrug 50 600 dz K₂O bei 8,03 Tausendstel am Anfang und 7,34 Tausendstel am Ende des Jahres. Die Einnahmen beliefen sich auf 691 952 M, der Rohgewinn auf 291 691 M. Nach Abschreibungen von 353 190 (283 967) M einschl. Vortrages aus dem Jahre 1914 in Höhe von 276 585 (11 893) M Reingewinn 215 086 (276 585) M, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Die Verwaltung schlägt den Aktionären vor, eine Zubahlung von 250 M auf jede Aktie zu leisten, wogegen die Aktien, auf welche die Zuzahlung erfolgt, Vorrechtsaktien werden bei Gewährung von Schuldverschreibungen in entsprechender Höhe an die Aktionäre. (Rh. W. Ztg., 6./3. 1916.) *ar.*

Industrie der Steine und Erden.

Rheinische Spiegelglasfabrik Erkamp bei Ratingen. Im vergangenen Jahr ist der Absatz im In- und Ausland er-

heblich unter der schon wegen der Einziehung zahlreicher Arbeitskräfte eingeschränkten Herstellung geblieben, so daß die Vorräte an fertigem Spiegelglas gegen das Vorjahr zugenommen haben. Ein Teuerungszuschlag zur Deckung der erhöhten Herstellungskosten ist wegen vorliegender Aufträge zu alten Preisen im Berichtsjahr nur von geringem Einfluß gewesen. Betriebsgewinn 475 187 (914 263) M, wozu noch u. a. 262 591 (260 892) M Vortrag aus dem Vorjahr hinzutreten. Nach Abzug von 101 270 (109 121) M Sternen und Verwaltungskosten sowie von 400 176 (396 661) M Abschreibungen verbleiben 261 541 (712 530) M, die vorgetragen werden, während im Vorjahr noch 10% Dividende ausgeschüttet wurden. *ar.*

Oppeln-Fraendorfer Portland-Cementwerke Akt.-Ges. Der Versand betrug kaum ein Drittel des Versandes in normalen Zeiten. Bruttogewinn 344 000 (598 200) M. Die Abschreibungen konnten, da der Betrieb zum großen Teil ruhte, auf 100 700 (264 700) M begrenzt werden. Reingewinn 70 700 (130 800) M. Dividende 3 (5) %. *dn.*

Oberschlesische Portland-Cement- und Kalkwerke A.-G., Groß-Strehlitz. Bruttogewinn 219 591 (1914 417 789) M, Abschreibungen 120 358 (171 931) M, Reingewinn 99 233 (245 858) M, Dividende 3 (7) % = 60 000 (140 000) M, Rückstellungen 11 000 (10 000) M, Vortrag 20 233 (69 111) M. Dem Geschäftsbericht zufolge war im Berichtsjahre die Bautätigkeit naturgemäß sehr gering, und der Absatz an Zement und Kalk blieb demnach recht unbefriedigend. *dn.*

Tagesrundschau.

Apothekertitel. In der Apothekerkammer für die Provinz Westpreußen wird ein Antrag angenommen, bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden, daß der Apothekertitel gesetzlich geschützt wird. *Gr.*

Jubiläen. Die Chemischen Werke Schuster & Wilhelm A.-G., Reichenbach, Oberlausitz, blicken am 22./3. auf ihr 50jähriges Bestehen zurück. 1866 von dem verstorbenen Koinmerienrat F. Wilhelm und Stadtrat Dr. R. Schuster, dem jetzigen Vorstand des Aufsichtsrates, als Handelsgesellschaft gegründet, wurde 1870 die Fabrikation in Reichenbach, Oberlausitz, aufgenommen und seitdem ständig erweitert. 1903 wurde die Aktiengesellschaft gegründet, deren alleiniger Vorstand Dr. B. Wilhelm ist. Die Firma stellt u. a. Säuren, Färber-Chemikalien, Metalloxyde, keramische und Glasfarben her.

Die Firma Hannoversches Ultramarin-Werk, Laux & Vaubel, Nachf. Franz Herm. Vaubel, Hannover, beging ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum.

Personal- und Hochschulnachrichten.

Zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten hat die mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse der Heidelberg Akademie der Wissenschaften Unterstützungen im Gesamtbetrage von 3300 M bewilligt.

Die Universität Gent begeht im kommenden Jahr ihr 100jähriges Jubiläum.

Dr. Karl Börner ist zum kaiserlichen Regierungsrat und Mitglied der kaiserlichen Biologischen Anstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem ernannt worden.

Bergrat Flemming, Berlin, wurde zum Bergrat und vortragenden Rat im Ministerium für Handel und Gewerbe ernannt.

Dr. Karl Freudenberg, Kiel, hielt am 4./3. seine Antrittsvorlesung als Privatdozent „Über die Verwendung von Säurechloriden zur Synthese“.

Dr. Albert Wangerin, ordentlicher Professor der Mathematik an der Universität Halle, beging am 16./3. sein goldenes Doktorjubiläum.

Gestorben sind: William Gregg, Mitbegründer der Southern White Lead Co., St. Louis, am 14./1. im Alter von 85 Jahren. — Dr. Alfred Haßler, Aarau, am 21./2. im Alter von 37 Jahren. — Dipl.-Ing. O. Köck, Faktor bei

der Mineralienniederlage der Kgl. Bergakademie Freiberg in Sachsen, am 27./2. im Alter von 34 Jahren. — Nahrungsmittelchemiker Dr. Karl Ohnmais, Stuttgart-Degerloch. — Vet.-Rat W. Rickmann, Leiter der Serumabteilung der Farbwurke vorm. Meister Lucius & Brüning in Höchst a. M.

Bücherbesprechungen.

Über moderne Ernährungsreformen. Von Max Rubner, o. ö. Professor an der Universität zu Berlin und Direktor des Physiologischen Instituts. Verlag von R. Oldenbourg, München und Berlin 1914. 83 S. M 1,80

Vf. wendet sich in dieser Schrift lediglich an die Fachkreise. Zunächst wird u. a. eingehend das Voitsche Kostmaß besprochen und auf die Bedeutung hingewiesen, welche die von Rubner selbst eingeführte Beachtung des Kraftwechsels für die Ernährungslehre erlangt hat. In den Hauptausführungen, die sich vorwiegend mit unserem N-Bedürfnis beschäftigen, wendet sich der Vf. kritisch gegen die von Chittenden und von dem in den letzten Jahren recht populär gewordenen Hindhede angestrebte eiweißarme Kost und Kostverringerung. Die Kritik des bekannten Berliner Physiologen, die darin auslautet „Verwerfung einer Anstrengung des Prinzips des physiologischen Minimums für unsere Ernährung“ und „keine Monotonierung der Kost“ ist streng sachlich gehalten und gründet sich zum großen Teil auf die in seinem Institut vorgenommenen Experimente: sie spricht eine durchaus überzeugende Sprache.

K. Kautzsch. [BB. 105.]

Die Industrie der Ammoniak- und Cyan-Verbindungen. Von Dr. F. Muhlert. Leipzig 1915. Verlag von Otto Spamer. geh. — M 12, geb. M 13,50

Mit seinem Werke über die Ammoniak- und Cyanverbindungen reicht der Vf. ein wertvolles Kompendium in die chemische Literatur ein, das bei seiner eingehenden Behandlung der Stickstofffrage ein erhöhtes Interesse während des Weltkrieges gewinnt. Nach einer knappen Zusammenfassung und Besprechung des N, der NH₃- und CN-Verbindungen und ihrer einschlägigen, wissenswerten Reaktionen geht der Vf. zum Hauptgegenstand seines Themas, der Spezialtechnik der beiden Stickstoffkörper, über. Vom Anbeginn der fabrikatorischen Darstellungen bis in die allerneueste Zeit hinein wird in historischer Treue der Werdegang und die Erfolge der NH₃- und CN-Industrie entwickelt. Besonderen Wert verleiht der Vf. hierbei seinem

Werke durch Beifügung einer erschöpfenden Literaturangabe, selbst aus den entfernt liegenden Quellen — es sind wohl allein gegen 400 Patente zitiert. Auf gleicher Höhe steht der rein chemische Teil der Abhandlungen mit seiner klaren Formulierung der komplizierten Reaktionsvorgänge. Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn man die vorliegende Arbeit als ein Nachschlagewerk ersten Ranges für das Spezialgebiet des Ammoniaks und Cyans bezeichnet.

Drin. [BB. 142.]

Die Metalle, ihre Gewinnung und Eigenschaften. Zusammengestellt vornehmlich für Autogenschweißer von E. de Syo in München. 102 S. Halle a. S. 1914. Verlag von Karl Marhold. Preis M 1,20

Nach einer kurzen Einleitung werden das Vorkommen der Metalle in der Natur, die Art ihrer Gewinnung und die Bearbeitung der wichtigsten Metalle sowie schließlich spezielle Eigenschaften der Metalle, die bei deren Bearbeitung zu berücksichtigen sind, besprochen. Die kleine Schrift ist im allgemeinen geschickt abgefaßt und enthält viel mehr als für Autogenschweißer, für die das Buch vornehmlich bestimmt ist, wissenswert ist. Bei einer vielleicht erforderlichen Neuauflage würden sich vielleicht manche Angaben etwas klarer und präziser bringen lassen, wie z. B. S. 20 die über das Vorkommen des Magnesiums in der Natur, S. 27 die Einteilung des technisch verwendeten Eisens, S. 37 die Bemerkung über das Thomasverfahren. Im 2. Abschnitt (S. 11ff.) würden hinsichtlich der Zusammensetzung der Mineralien auch einzelne nicht ganz zutreffende Angaben und einige Druckfehler zu berichtigen sein, wie z. B. beim Graphit, Schwefelkies, Chromeisenerz, Kryolith, Apatit, Natronsalpeter. Diese kleinen Bemängelungen sollen aber nicht den Wert des sehr inhaltsreichen Büchleins herabsetzen, dessen Anschaffung vielmehr den Interessenten bestens empfohlen werden kann.

Ditz. [BB. 247.]

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Künftige Sitzungen, Versammlungen und Ausstellungen.

25./3. 1916. In Berlin (Hotel Adlon) die 37. Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands.

25./3. 1916. In Berlin (im Hause des „Vereins deutscher Ingenieure“, Sommerstr. 4a) die 37. Jahresversammlung des Märkischen Vereins von Gas-, Elektrizitäts- und Wasserfachmännern.

22.—26./5. 1916. In Berlin die diesjährige Generalversammlung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie.

Der große Krieg.

Auf dem Felde der Ehre sind gefallen:

Dr. Rudolf Oetker, Bielefeld, Leutn. d. Res. im Ulanenregiment II. Hannoversches Nr. 14, abkommandiert zum Reserve-Infanterie-Regiment. Nr. 19, Inhaber des Eisernen Kreuzes.

Kgl. Bergwerksdirektor Theodor Schmieding, Saarbrücken, Hauptmann und Batteriechef, Inhaber des Eisernen Kreuzes, am 12./3. 1916.

Dipl.-Ing. Stanislaus Tylewitz, Hütteningenieur, Kattowitz, Leutn. d. Res. im Pionier-Bat. 6, Inhaber des Eisernen Kreuzes.

Das Eiserne Kreuz haben erhalten:

Dr. Werner Alexander-Katz, Vizewachtmeister der Res., Sohn des Patentanwalts Dr. Bruno Alexander-Katz, Berlin.

Dr. Borchers, Inhaber der chemischen Fabrik Dr. Borchers, Hauptmann d. Res. (erhielt das Eiserne Kreuz I. Klasse).

Dr. Walter Fischer, Mitinhaber des Liebertwolkwitzer Tonwerks Fischer & Calow, Liebertwolkwitz, Leutn. d. Res. (erhielt das Eiserne Kreuz I. Klasse).

Edward Schautz, Leiter des Laboratoriums von Dr. Rud. Benzian, Hamburg, Ersatzreservist im Inf.-Reg. 79.

Befördert wurden:

Geh. Rat Dr. Eduard Buchner, Professor für Chemie an der Universität Würzburg, Führer einer Art-Munitionskolonne, zum Major.

Dr. Pfannhäuser, Leipzig-Sellerhausen, zum Oberleutnant.

Zeichnungen auf die vierte Kriegsanleihe:

A.-G. Karl Köthen, Chem. Fabriken in Greifenberg (Schl.) und Freiberg i. S. 400 000 M. — Berlin-Frankfurter Gummifabrik 100 000 M. — Berliner Gasglühlichtwerke, Dr. A. Ebner und Rich. Goetschke 100 000 M. — Blei- u. Silberhütte Braubach 150 000 M. — Chem. Fabrik Hoeningen 2 $\frac{1}{4}$ Mill. M. — Clever Ölmühle in Cleve 150 000 M. — Chem. Werke Lubszynski & Co., A.-G. in Berlin-Lichtenberg 150 000 M. — Emailierwerk, vorm. Karl Thiel & Söhne, A.-G. in Lübeck 200 000 M. — Erste Deutsche Kapokfabrik

Reis u. Co in Friedrichsfelde 1 Mill. M. — Esser & van der Wippel, chem. Rohstoffe und Produkte in Köln 100 000 M. — Frankfurter Lederfabrik, G. m. b. H. in Frankfurt-Bornames 150 000 M. — Geh. Kommerzienrat Dr. Leo Gans in Frankfurt 1,2 Mill. M. — Gerb- und Farbstoffwerke H. Renner & Co., A.-G. in Hamburg 2 Mill. M. — Gewerkschaft Graf Schwerin 750 000 M. — Gewerkschaft Roßleben 100 000 Mark. — Hackethal-Draht- und Kabelwerke A.-G. in Hannover 1 Mill. M. — Hallesche Pfäffnerschaft A.-G. 500 000 M. — Hessische Lederwerke Neckarsteinach 250 000 M. — Kunheim & Co., Berlin 2 Mill. M. — Metallwerke Wilhelm Berg in Lüdenscheid und Karl Berg in Werdohl 2 Mill. M. — Neue Sunlicht-Ges. in Mannheim 1 Mill. — Niederrheinische Ölwerke in Goch 200 000 M. — Parfümeriefabrik Wolff & Sohn in Karlsruhe 600 000 M. — Pfälzische Pulverfabrik in St. Ingbert 100 000 M. — Sarotti Schokoladen- und Kakaoindustrie A.-G. in Berlin-Tempelhof 400 000 M. — Süddeutsche Lederwerke in St. Ingbert 1/4 Mill. M. — Sprengstoffwerke Glückauf, A.-G. in Hamburg 700 000 M. — Union, Fabrik chemischer Produkte in Stettin 1 500 000 Mark. — Wittener Gußstahlwerk 1 Mill. M. — Zentralverkaufsstelle der schlesischen Portlandzementfabriken (Oberschlesisches Zementsyndikat) 150 000 M.

Zur vierten Kriegsanleihe!

Es kann nicht dankbar genug anerkannt werden, daß eine große Anzahl vaterländisch gesinnter Männer und Frauen bemüht ist, für die vierte Kriegsanleihe werbtätig zu sein und Aufklärung und Belehrung über sie in die weitesten Bevölkerungsschichten zu tragen. Trotzdem sind noch immer hältlose und unrichtige Gerüchte im Umlauf, die stets wieder auftreten und sich so hartnäckig erhalten, daß man auf den Verdacht kommen könnte, sie würden von einer unserer nationalen Sachen feindlichen Seite in die Welt gesetzt und genährt. Vor allem ist es die Steuerfrage, die fortwährend Anlaß zu grundlosem Gerede gibt. Es kann demgegenüber nur immer wieder betont werden, daß die Steuerbehörden von den Vermittlungsstellen keine Auskunft über die Kriegsanleihezeichnungen erhalten, und daß niemand im Reiche daran denkt, die Besitzer der Kriegsanleihen in irgendwelcher Hinsicht schlechter zu behandeln, als andere Steuerpflichtige. So ist es ganz ausgeschlossen, daß irgendeine Sondersteuer, z. B. in Form einer Kuponsteuer, auf die Kriegsanleihen gelegt werden könnte. Insbesondere haben auch Kriegsanleihe und Kriegsgewinnsteuer ganz und gar nichts miteinander zu tun. Kriegsgewinnsteuer muß jeder bezahlen, der während der Kriegszeit sein Vermögen vermehren konnte, mag er die Vermögensvermehrung angelegt haben in Kriegsanleihe oder in anderen Wertpapieren oder in

Grundstücken oder in Teppichen oder sonstigen Luxusgegenständen, oder mag er sie noch unangelegt besitzen. Wer sein Vermögen nicht vermehrt hat, zahlt keine Kriegsgewinnsteuer, auch wenn er noch so viel Kriegsanleihe besitzt, die er ja z. B. aus rückgezahlten Kapitalien, aus dem Erlös verkaufter Grundstücke oder Wertpapiere erworben haben kann. Ist aber der Besitzer 5%iger Kriegsanleihe einschließlich der Schuldbuchforderungen oder 5%iger Schatzanweisungen zur Kriegsgewinnsteuer veranlagt, so genießt er den Vorteil, daß er diese bei der Entrichtung der Steuer in Zahlung geben kann, und zwar zum Nennwert, so daß er den Unterschied zwischen dem Nennwert und dem Ausgabekurs, bei der vierten Kriegsanleihe $1\frac{1}{2}$ M von je 100 M, gewinnt.

Ebenso grundlos sind die Besorgnisse, die sich an die „Unkündbarkeit bis 1924“ knüpfen. Diese Klausur hat nur die Bedeutung, daß das Reich vor dem 1./10.1924 die Anleihe nicht kündigen und also auch den Zinsfuß nicht herabsetzen kann, auch wenn es — beispielsweise durch eine erhebliche Kriegsentschädigung — dazu instand gesetzt werden sollte. Sie dient demnach nur dem Vorteil des Zeichners, dem sie den Genuss des ungewöhnlich hohen Zinses von 5% bis 1924 sichert, während der Zeichner seinerseits nicht etwa für diese Zeit auf die Verfügung über sein Kapital verzichtet, sondern seine Anleihe verkaufen oder verpfänden und überhaupt darüber wie über jedes andere Wertpapier jederzeit verfügen kann. Nur der Schuldbuchzeichner, der dafür aber auch die Anleihe um 20 Pf. billiger erhält, unterwirft sich einer Sperre bis zum 1./10. 1917, das heißt, er verpflichtet sich, bis dahin die Forderung im Schuldbuch bestehen zu lassen. Von dieser Sperre kann aber durch das Reichsschatzamt Dispens erteilt werden, und dies geschieht in allen Fällen, wo triftige Gründe vorliegen, in entgegenkommender Weise.

Wer künftige Ersparnisse oder künftig fällig werdende Kapitalien in Kriegsanleihe anlegen will, kann sich bekanntlich einstweilen die Mittel durch Verpfändung von Wertpapieren bei den Darlehnskassen beschaffen. Ganz unbegründet sind die zur Sprache gekommenen Besorgnisse, daß diese Darlehen etwa zur Unzeit gekündigt werden könnten. Die Darlehnskassen werden nicht nur für die Dauer des Krieges, sondern jedenfalls auch noch einige Zeit nachher gehalten werden, und jeder Kriegsanleihezeichner kann von ihnen die weitestgehende Rücksichtnahme erwarten.

Mehr der Sonderbarkeit wegen sei noch erwähnt, daß immer wieder die Frage auftaucht, ob die Kriegsanleihe mündelsicher sei. Selbstverständlich ist dies der Fall, ja man kann sogar sagen, daß die Kriegsanleihe unter den mündelsichereren Werten Deutschlands den ersten und vornehmsten Rang einnimmt. Dies gilt gleichmäßig von sämtlichen vier Kriegsanleihen, die sich überhaupt hinsichtlich der Sicherheit und des inneren Wertes in jeder Beziehung gleichstehen.

Morgen letzter Zeichnungstag!

Verein deutscher Chemiker.

Bezirksverein Belgien.

Dr. Holtzapfel, Ruysbroeck, Vorsitzender; E. Reitler, Duffel, I. Stellvertreter; Dr. Grell, Ruysbroeck, II. Stellvertreter; Dr. Lederer, Brüssel, Schriftführer; W. Pitz, Antwerpen, Stellvertreter; Robert Drost, Brüssel, Kassenwart. Vertreter im Vorstandsrat: Dr. Holtzapfel; Stellvertreter: E. Reitler. [V. 31.]

Bezirksverein Hannover.

Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Beckurts, Braunschweig, Vorsitzender; Prof. Dr. Dr.-Ing. H. Precht, Hannover, Stellvertreter; Dr.-Ing. Beck, Braunschweig, Schriftführer; Dr. G. Hanekop, Kassenwart; Dr. O. Lauenstein und Dr. von Vogel, Hannover, Beisitzer. Vertreter im Vorstandsrat: Dr. O. Jordan; Stellvertreter: Geh. Med.-Rat Prof. Dr. H. Beckurts. [V. 34.]

Bezirksverein Niederrhein.

Prof. Dr. Joh. Müller, Vorsitzender; Fabrikbesitzer R. u. d. Wedekind, Stellvertreter; Dr. E. Ger-

sten, Schriftführer; Dr. H. Reinbach, Stellvertreter; Dr. W. Keiper, Kassenwart; Dr. Evers, Dr. Mühlé, Apotheker Joussen, Beisitzer. Vertreter im Vorstandsrat: Prof. Dr. Müller, Stellvertreter: Dr. Elbers. [V. 33.]

Bezirksverein Oberrhein.

Dr. Eduard Köbner, Mannheim, Vorsitzender; Prof. Dr. Lothar Woehler, Darmstadt, I. Stellvertreter; Prof. Dr. E. Knövenagel, Heidelberg, II. Stellvertreter; Dr. Hans Derlon, Ludwigshafen a. Rh., Schriftführer; Dr. Max Scharff, Ludwigshafen a. Rh., Kassenwart; Beisitzer: Dr. Fritz Raschig, Ludwigshafen a. R.h. Vertreter im Vorstandsrat: Dr. Fritz Raschig, Stellvertreter: Dr. Eduard Köbner. [V. 32.]

Bezirksverein Pommern.

Dr. H. Wimmer, Vorsitzender; A. Schaeffer, Stellvertreter; F. Geissenberger, Schriftführer; A. Krawczynski, Schatzmeister; Vertreter im Vorstandsrat: Dr. H. Wimmer; Stellvertreter: A. Schaeffer. [V. 35.]